

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin M57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt C 5309 Nr. 6488

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Die Staats- und Gemeindearbeiter und das Streikrecht. (I.) — Gefahren für das Kapital. — Die Stadt Dresden und ihre Arbeiter (I.) — Die Neuregelung der Löhne in Neukölln. (II. Schluß.) — Aus den Stadtparlamenten. — Notizen für Gasarbeiter. — Wasserbauarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Gerichts-Zeitung. — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Briefkasten. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Inserate. — Totenliste des Verbandes. — Feuilleton Das Menschenschlachthaus. (II. Schluß.)

Die Staats- und Gemeindearbeiter und das Streikrecht.

I.

Die verschiedenen Beschränkungen der Koalitionsfreiheit sind durch den § 152 der Gewerbeordnung aufgehoben worden, der da lautet:

„Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen und Fabrikarbeiter wegen Verabredungen oder Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, werden aufgehoben.“

Damit ist klar die Absicht des Gesetzgebers zum Ausdruck gebracht, daß allen Arbeitern das Recht der Vereinigung in Organisationen und auch der Gebrauch des Streikrechts zusteht. Für jene Arbeitergruppen, für die bis zur Schaffung dieses § 152 ein Koalitions- und Streikverbot nicht bestand, ist klar, daß sie sich nach wie vor derselben bedienen dürfen. Die verschiedenartigen Versuche, den § 152 der Gewerbeordnung dahin auszulegen, daß die Aufhebung des Koalitionsverbots nur für die der Gewerbeordnung unterstehenden Betriebe Geltung habe und für andere Betriebe ein Streikrecht überhaupt nicht besteht, können nicht stichhaltig sein. Es wäre ebenso widersinnig, wenn man sagen wollte, es ist verboten, mit dem Automobil oder Luftschiff zu fahren, weil in den bestehenden Gesetzen hierfür keine näheren Bestimmungen vorhanden sind; als wenn man sagen wollte, nur für die der Gewerbeordnung unterstehenden Betriebe sei das Koalitions- und Streikrecht zugestanden. Insbesondere ist die Frage des Streikrechts auch für die Gemeindearbeiter klar dadurch gekennzeichnet, daß im Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch für die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke, Wasserwerke usw. ein Streikverbot geschaffen werden sollte. Würde das Recht des Streiks nicht bestehen, so hätte man doch gar nicht nötig, sich erst nach einem Verbot anzusehen.

Das Streikrecht ist ein unerlässlicher Bestandteil jeder gewerkschaftlichen Organisation; es ist die Ultima ratio, die letzte Konsequenz des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Eine Organisation der Arbeiter ohne Streikrecht wäre ein Messer ohne Klinge, ein Geschütz ohne Patronen, und wer mit einer solchen Organisation — wenn man das Wort dann überhaupt noch anwenden kann — den Arbeit-

gebern, auch den Staats- und Gemeindebehörden kommen wollte, der würde bei diesen nicht viel anrichten.

Etwas anderes ist es freilich, ob von dem Streikrecht in jedem Falle Gebrauch zu machen ist. Es ist das natürlich in das Ermessen und in die taktischen Maßnahmen der Organisation selbst gestellt. Gerade die Geschichte unseres Verbandes bildet ein lehrreiches Beispiel dafür, daß eben das Verantwortlichkeitsgefühl sowohl der Organisationsleiter als auch der Arbeiter vielfach größer ist, als jenes der gemeindlichen und staatlichen Behörden. Käme es auf die wirtschaftliche Lage der Gemeinde- und Staatsarbeiter und auf das soziale Verständnis der Behörden allein an, so hätte unser Verband wohl das Zehnfache an Streiks hinter sich. Lediglich in Rücksicht auf die in Mitleidenschaft gezogenen Interessen der Allgemeinheit hat unsere Organisation in manchen Fällen vom stamfmittel des Streiks Abstand und mit geringeren Erfolgen vorlieb genommen; aber entäußern können wir uns des Streikrechts auf keinen Fall, denn das bisher schon geringe Entgegenkommen der Verwaltungen würde dann zu konstanten Abzügen überhaupt führen. Wissen wir doch aus der alltäglichen Praxis, daß es letzten Endes doch nur Bedenken über die bei einem Streik zu erwartenden unliebsamen Auseinandersetzungen mit den Arbeitern sind, was die Stadtverwaltungen veranlaßt, widerwillig und mit Zähneknirschen wieder ein paar Groschen zu geben. Wer es ernst mit der Arbeiterkraft meint und nicht blind an den Ereignissen des Tages vorübergeht, dem müßte das wohl als geläufig erscheinen.

In letzter Zeit scheinen sich auch gerade in Bayern die Verhältnisse hinsichtlich der Koalitionsfreiheit zu verschlechtern. Das Zentrum, die Partei, die früher mit den Sozialdemokraten diese Wahlbündnisse schloß, die von der Sozialdemokratie als von einer Vorrichtung Gottes sprach und die das Wort von der königlich bayerischen Sozialdemokratie prägte, fühlt sich plötzlich in seiner Herrscherstellung bedrängt. Den Kampf gegen den „roten Umsturz“ sucht man zunächst auf das gewerkschaftliche Gebiet zu übertragen. Das vorhergehende Ministerium ist geübt über den „Süddeutschen Eisenbahnerverband“, weil sich der Verkehrsminister von Frauendorfer nicht dazu bereit erklärte, diesen Verband zu unterdrücken. Der Süddeutsche Eisenbahnerverband, der an sich eine der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nicht angeschlossene Organisation darstellt, konnte natürlich keine Loblieder auf die merkwürdige Politik der Zentrumsmehrheit im Landtage singen und damit wurde er zur großen Konkurrenz des im Zentrumsfabrikwasser segelnden Bayerischen Eisenbahnerverbandes. Der Süddeutsche Eisenbahnerverband hat zwar nirgends einen Streik proklamiert, aber man benutzte die Gelegenheit, um zu fordern, daß solche Organisationen in Staatsbetrieben nicht gebildet werden dürften, die den Streik für zulässig erachten. Damit sollte der süddeutsche Verband unterbunden und die Angestellten der

Verkehrsverwaltung dem Bayerischen Eisenbahnerverbande zugetrieben werden. Ja, es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß es dem Zentrum gar nicht einmal um das Streikrecht zu tun ist. Würde es dieser Partei in den Kram passen, so würde sie auch umgekehrt handeln! Im übrigen hat der Redakteur des Organs des Bayerischen Eisenbahnerverbandes, der frühere Zentrumsabgeordnete Dauer, noch vor einigen Jahren dem Sinne nach erklärt, daß eben von einem Streik nur abgesehen werden könne, solange die Verkehrsverwaltung entgegenkommen zeigt.

Im bayerischen Landtag hat es in der noch tagenden Session wegen dieser Angelegenheit ganz erhebliche Auseinandersetzungen gegeben. Verkehrsminister von Seidlein erklärte dort als treuer Zentrumsknecht, daß er nicht dulden wird, daß Angestellte der Verkehrsanstalten einer Organisation angehören, die den Streik für zulässig erachtet. Leider hat die Vorstandschaft des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes in einem an die Staatsregierung gerichteten Schreiben jedes Streikrecht abgelehnt, was entschieden ein Fehler war und nicht gebilligt werden kann. Mag sein, daß in dem Bestreben der Erhaltung der Organisation momentan im Hauptvorstand des Verbandes eine Verwirrung entstand, die aber keinesfalls zu einem solchen Beschlusse hätte führen dürfen. Es ist aber bemerkenswert, daß der Verkehrsminister nach dem Eingang dieses Schreibens in der Kammer der Reichsräte seine Rede wesentlich änderte. Dort erklärte er nämlich dem Sinne nach, daß er alle Vereinigungen in dem Betriebe der Verkehrsverwaltung unterstützen wolle, die eine Gefahr des Streiks in sich bergen. Und um keinen Zweifel aufkommen zu lassen, nannte er dabei neben anderen gewerkschaftlichen Organisationen auch den Süddeutschen Eisenbahnerverband. Daraus ist zu ersehen, daß der Beschluß und das Anschreiben des Hauptvorstandes auf den Verkehrsminister und das Zentrum gar keine Wirkung auslösten. Der süddeutsche Verband ist nach wie vor die Konkurrenzorganisation des anderen, dem Zentrum ererbten Verbandes. Und deswegen wird er bekämpft, mag er erklären oder sich verhalten, was und wie er will.

Im übrigen darf wohl gesagt werden, daß es gerade Führer christlicher Organisationen sind, die zwar in der Presse und in Versammlungen von der Verheerung der Staatsarbeiter durch die freien Gewerkschaften (alias Sozialdemokraten) maulen, aber im übrigen so radikal wie möglich auftreten. Ist doch ohne Widerspruch festgestellt worden, daß Zentrumsabgeordnete und christliche Gewerkschaftsführer in einer Versammlung, in der sie allein zu sein glaubten, den staatlichen Forstarbeitern den Streik empfohlen haben. Und noch nicht lange ist es her, daß in einer Versammlung staatlicher Salinenarbeiter der christliche Arbeitersekretär Hinterseer in nicht mißzuverstehender Weise davon sprach, man müßte der königlichen Administration der Berg-, Hütten- und Salinenwerke einmal „die Nacht am Rhein“ jüngen. Vergleichende Beispiele ließen sich ja mehrfach anführen. Allgemein und praktisch liegt die Sache doch wohl so, daß durch Verbote und Schikanierungen der Streik nicht unterbunden wird; im Gegenteil wird um so fürchtbarer einst die Entladung wirken. Denn auch hier gilt es: „den Sklaven fürchte, der die Ketten bricht, den freien Mann aber, den fürchte nicht.“

Die Ueberzeugung ist des Mannes Ehre —
Ein goldenes Bleich, das keine Fürstenhand
Und kein Kapitel um die Brust ihm hängt.
Die Ueberzeugung ist des Kriegers Fahne,
Mit der er, fallend, nie unrühmlich fällt.
Der Vermiste selbst, verloren in der Masse,
Erwirbt durch Ueberzeugung sich den Adel,
Ein Wappen, das er selbst zerbricht und schändet,
Wenn er zum Lügner seiner Meinung wird.

Karl Gustow.

Gefahren für das Kapital im Kriege.

In Nr. 4 der „Neuen Zeit“ gibt S. Kolkenbuhz hierüber die überaus instruktive und interessante Darstellung:

Eine charakteristische Erscheinung des zwanzigsten Jahrhunderts ist es, daß man mit vorhandenen Reichtümern prahlt. Ungezählte Milliarden sind als Vermögen vorhanden. Fragt man, wie die großen Vermögen entstanden sind, dann antwortet der Speichbürger: Sie sind gespart. Was sich als Folge des Sparens in den Sparbüchern angesammelt, sind allein betrachtet recht ansehnliche Summen, aber sie spielen bei der Reichtumsanhäufung in kapitalistischen Staaten eine sehr bescheidene Rolle.

Erheblich größer ist schon der Teil des Kapitalprofits, der vom Kapitalisten nicht verbraucht, sondern als Kapital in der Produktion angelegt wird. Wenn man aber die Reichtumsanhäufung betrachtet, dann findet man, daß die vorhandenen Vermögen erheblich stärker gemachtes sind, als die Beträge ausmachen, die vom Später gespart und von Kapitalisten als Kapital angelegt sind.

Bei der Reichtumsanhäufung kommt als wesentlicher Faktor der Wertzuwachs in Betracht. Was als gespartes Geld oder als Kapitalprofit neu angelegt ist, das könnten die Kapitalisten auf Keller und Biennig nachweisen, und trotz genauer Buchführung sind sie über den Stand des Vermögens nie genau unterrichtet.

Als im Jahre 1883 infolge des Telegraphienstreiks in Amerika eine Enquete stattfand und Jay Gould, der Gründer des Western Union Telegraph Company, nach dem Wert des Unternehmens gefragt wurde, erklärte er, das wisse er nicht. Der die Enquete leitende Senator fragte, ob denn kein Buch geführt werde. Da Buchführung geistlicher Zwang ist, müßte man doch wissen, wieviel die Anlagen gekostet haben. Aus den Büchern müßte doch hervorgehen, welche Summen für Grundstücke, für Gebäude, Anlage der Linien, Apparate usw. ausgegeben seien und wieviel abgenutzt sei. Jay Gould antwortete, das wissen wir sehr genau, aber daran könne man doch nicht den Wert des Unternehmens ermessen. Es wäre genau so, als wenn man, um den Grundwert von New York zu ermitteln, nachforschen würde, wieviel die alten Ankerboiler den Indianern für die Ueberlassung von Manhattan Island gegeben haben. Was vor 200 Jahren durch die Vergabe von einigen Flinten, etwas Munition und etwas buntem Firleisanz erworben wurde, ist heute Milliarden wert, und ähnlich steht es jetzt mit dem Western Union Telegraph. Den Wert eines kapitalistischen Unternehmens kann man nie berechnen, sondern nur schätzen. Bei der Schätzung darf man weniger die Anlagekosten als den Profit, den es dem Besitzer trägt, in Betracht ziehen. Diese Ausführungen Jay Goulds gelten bei den Kapitalisten aller Länder. Die Kapitalisten haben für diese Vermögensbildung den Ausdruck „ideeller Wert“ erfunden. Bei näherer Untersuchung würde leicht festgestellt werden können, daß der weitest größte Teil der Reichtümer aus sogenannten „ideellen Werten“ besteht.

Grundbesitzer haben, wie das in der Nähe von Berlin vorgekommen ist, vor reichlich hundert Jahren ein Gut für 30 000 Taler, also 90 000 M. Grundbesitz erworben. Sie konnten jahraus jahrein ihre ganze Einnahme verbrauchen, und doch ist ihr Vermögen von 90 000 M. auf mehr als 100 Millionen Mark angewachsen. Auf dem mageren Sandboden, wo alle Vegetation nur schlecht gedeiht, ist eine Großstadt entstanden, und da der Grundwert danach berechnet wird, was der Boden seinem Besitzer einbringt, so wuchs der „ideelle Wert“ des mageren Sandbodens auf mehr als das Tausendfache.

Die Krise der Viehzucht wurde von den Agrariern gebraucht, um Hungernotpreise für Fleisch und Getreide zu erpressen. Die Verarmung der Konsumenten hatte als Reaktion die Steigerung der Grund- und Bodenpreise. Güter, die, wie das Gut Bärenklau im Kreise Guden, im Jahre 1900 für 350 000 M. erworben wurden, wurden 1912 für 700 000 M. verkauft. Technisch geht es mit den Werten industrieller Anlagen. Besonders hohe Profite bringende industrielle Unternehmen werden in Aktiengesellschaften verwandelt. Die Aktiengesellschaft zahlt nicht den Preis, berechnet nach den Produktionskosten der vorhandenen Gebäude, Maschinen, Rohstoffe, Warenvorräte usw., sondern es wird der Profit, den das Unternehmen seinem Besitzer gebracht hat, kapitalisiert, in der Regel wird das Zwanzigfache des Jahresprofits als Kaufsumme gegeben. Der eingesehene Wert ist also die kapitalisierte Ausbeutungsrate.

Steigt nun der Profit, sei es durch Gründung von Kartellen, wodurch es möglich ist, dem Abnehmer der Waren höhere Preise zu diktieren oder die Ausbeutung der Arbeiter zu steigern, dann steigt auch der Wert der Unternehmungen. Man vergleiche zum Beispiel den Kurwert der Bergwerkstien der rheinisch-westfälischen

Kohlenbergwerke aus der Zeit vor der Gründung des Kohlenfonditats mit dem Kurswert der folgenden Jahre. Die Kohlen- und Holzpreise wurden mehr gesteigert, als die Produktionskosten stiegen, folglich wuchsen die Profite, und der kapitalisierte Profit ist der Kurswert der Aktien.

Der Hauptabnehmer von Kohle und Holz ist die Eisenindustrie. Steigende Kohlenpreise hatten den Profit der Eisenindustrie herabgemindert, aber auch hier mußte man sich durch Startellgründung zu helfen.

Wieviel „ideelle Werte“ zu den ideellen Werten, die bei Gründung von Aktiengesellschaften bei der Uebernahme der Unternehmungen schon ausbezahlt wurden, noch hinzugekommen sind, kann man aus den Kurszetteln der Börsen ersehen. Da begegnet man Zahlen wie z. B. Voigtländische Maschinenfabrik 723, also für den Kennwert von 1000 Aktien werden 723 Mk. bezahlt. 623 Mk. sind nach der Gründung neu entstandene ideelle Werte. So sind Milliarden vorhanden, für die keine realen Werte in Grundstücken, Gebäuden, Maschinen, Warenvorräten vorhanden sind, sondern es sind nur Ausfichten vorhanden, daß die Ausbeutung der Arbeiter oder Ausplünderung der Abnehmer so große Profite bringen, daß das in Aktien dieser Unternehmungen angelegte Geld ausreichende Verzinsung bringt.

Die Nießenvermögen der Milliarden sind zum größten Teil durch solchen Vermögenszuwachs entstanden. Diese Vermögen zu schützen, ist eine Aufgabe des kapitalistischen Staates. Zolltarife müssen den Verbraucher dem Grundbesitzer und kartellierten Großfabrikanten ausliefern und die Arbeiter als Ausbeutungsobjekte fesseln. Um die Vermögen zu schützen, müssen die gewaltigen Kriegsrüstungen zu Wasser und zu Lande gemacht werden. Schon bei Begründung der Marinevorlagen wurde auf die kolossalen Reichtümer hingewiesen, die in Deutschland entstanden sind. Die erhoben aber die Kriegsgefahr.

Es gibt aber keine huterische alte Jungfer, die so empfindlich ist gegen Kanonenschüsse wie die ideellen Werte, die den größten Teil des Nießenvermögens der Kapitalisten bilden. Kaum hatte Montenegro der Türkei den Krieg erklärt, da waren schon einige Milliarden „ideeller Werte“ verschwunden. Wie der Zauberer Kapitalismus Vermögen aus nichts macht, so verschwinden sie auch in nichts. Einige Schiffe an der montenegrinischen Grenze brachten eine Vermüftung an Vermögen, gegen welche die Vermüftung durch die großen Erdbeben im südlichen Italien als harmloses Kinderpiel erscheint.

Man muß nur die Kurszettel der Börsen vom 12. Oktober mit den Kurszetteln vom 30. September 1912 vergleichen. Es gibt kein Papier, sei es Reichs- oder Staatsanleihe, Kommunalanleihen, Aktien von Eisenbahnen oder Industrieunternehmungen, das nicht verloren hätte. Selbst die Aktien der Unternehmungen, die für den Krieg arbeiten. Die Aktien der Gewerkschaft Ludw. Löwe, die am 30. September auf 334,25 standen, standen am 12. Oktober auf 310. Die Aktien des Dynamitruins sanken von 182 auf 171. Unternehmungen in Deutschland, die gar nichts mit dem Kriege zu tun haben und die auch gar keine oder sehr wenig Waren nach dem Balkan liefern, hatten gewaltige Kursstürze. So zum Beispiel Elberfelder Farbenfabrik von 542,50 auf 510,0, Badische Anilin- und Sodafabrik von 530 auf 505,50, Voigtländische Maschinenfabrik von 723 auf 615, Balleische Maschinenfabrik von 441 auf 422, Deutsche Gasablichtung von 623 auf 595. Selbst die Aktien sämtlicher Klein- und Straßenbahnen sanken im Kurs.

Will man sich ein Bild machen von den Wirkungen, dann muß man die Verluste auf das ganze Aktienkapital berechnen. Um ein annäherndes Bild zu geben über Werden und Vergehen der realen Werte, habe ich die Wertbewegung der 14 großen Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 100 Millionen Mark und mehr, die an der Berliner Börse gehandelt werden, zusammengestellt. Hierbei ist zu bedenken, daß 7 dieser Gesellschaften Banken sind, die durch Interventionskäufe dem Kurssturz ihrer Aktien entgegenwirkten. Aber ihr Kapital reicht doch nicht, das Unglück ganz abzuwenden. Die Wertbewegung zeigt die Tabelle auf Spalte 1118.

Also zu dem Werte des Aktienkapitals von 2016 080 000 Mk. war bis zum 30. September 1912 ein ideeller Wert von 1496 182 620 Mk. hinzugekommen. Die Besitzer der Aktien verfügten am 30. September über ein Vermögen von 3712 Millionen Mark. Ohne einen Pfennig auszugeben, war das Vermögen am 12. Oktober auf 3456,8 Millionen zusammengeschmolzen. Die Besitzer der Panfaktien hatten 80 298 000 Mk., die Besitzer der Aktien der drei Berg- und Hüttenwerke 81 426 000 Mk., die Besitzer der beiden Schiffahrtsunternehmungen 59 562 000 Mk., die Besitzer der Aktien der Großen Berliner Straßenbahnen 6 401 120 Mk., und die

	Aktienkapital in 1000 Mk.	Aktien-Kurswert 30. September in 1000 Mk.	Aktien-Kurswert 12. Oktober in 1000 Mk.
Deutsche Bank	200 000	515 500	487 000
Dresdener Bank	200 000	814 800	302 200
Disconto-Gesellschaft	200 000	378 800	363 000
Schaffhausen	180 000	216 450	210 800
Berliner Handels	110 000	190 025	178 970
Darmstädter Bank	160 000	198 000	192 350
Warmer Bankverein	100 000	118 600	117 750
Gelsenkirchen, Bergbau	180 000	374 200	338 700
Phönix, Bergbau und Hütten	106 000	302 206	277 720
Deutsch-Luxemburg	100 000	188 000	167 400
Phönix, Bergbau und Hütten	125 000	218 437,5	180 875
Norddeutscher Lloyd	125 000	163 250	141 250
Große Berliner Straßenbahn	100 000	181 544,12	175 140
Allgem. Elektrizitäts-Gesellsch.	130 000	351 650	323 830
	2 016 080	3 712 262,62	3 456 845

Aktionäre der A. E. G. haben 27 820 000 Mk. verloren. Allein bei diesen 14 Gesellschaften beträgt der Verlust in zwölf Tagen 255 417 620 Mk.

Würde man den ganzen Kurszettel so durchrechnen und feststellen, wieviel Vermögen in Wertpapieren am 30. September vorhanden und am 12. Oktober verschwunden war, dann würde sich ergeben, daß plötzlich Tausende von Milliarden Mark spurlos verschwunden sind.

Meine güldenenen Dukaten,
Sagt, wo seid ihr hingekommen.

werden viele Kapitalisten mit Heinrich Heine jammern. Es sind aber keine güldenenen Dukaten, sondern Phantasiemerte. Die Renten für diese Phantasiemerte zu liefern, werden die Arbeiter angepeitscht.

Der Ausbruch des Krieges auf dem Balkan war die Ursache des Zusammenbruchs. Alle Großstaaten rüsteten, um den Frieden zu erhalten. Die Leiter der Großstaaten sind sich auch einig, den Frieden zu erhalten oder doch den Krieg zu lokalisieren. Die Kapitalisten fürchten aber, die Kanonen der Großstaaten könnten doch losgehen. Würde aber das bejürchtete Ereignis hereinbrechen und der Kriegsbrand auf die Großstaaten übergreifen, dann würden noch ganz andere Zusammenbrüche kommen, wie die ersten Oktobertage brachten. Waren es jetzt Tausende Milliarden, die spurlos verschwanden, dann werden es dann Hunderte Milliarden sein. Die wirtschaftlichen Folgen werden derartige Erschütterungen bringen, daß sie wohl kaum ein kapitalistischer Großstaat ertragen kann. Vielleicht bringt der Zusammenbruch der ersten Oktobertage manchen Kapitalisten zum Nachdenken. Die Kriegsrüstungen erhöhen die Kriegsgefahr, und der Krieg wüßt ganze Zeiten aus dem Hauptbuch der Kapitalisten über den Vermögensbestand einfach aus. Am Morgen zählte der Kapitalist die in Wertpapieren vorhandenen Milliarden, und am Abend muß er zu seinem Schrecken sehen, daß die Wertpapiere am Tage des Ausbruchs des europäischen Krieges Makulatur geworden sind.

Bei ruhiger Ueberlegung könnten die Kapitalisten zu der Ueberzeugung kommen, daß der Kampf der Proletarier aller Länder gegen Kriegsrüstungen und Kriegstreiberei neben dem idealen Werte für die Arbeiter auch einen realen Wert für die Kapitalisten hat.

Die Macht des Proletariats wird sich aber nicht nur gegen die Kriegstreiberei, sondern auch gegen die Ausbeutung wenden. Die Ausbeutung der Arbeiter ist die Grundlage für die „ideellen Werte“ des Kapitals. Darum erdulden die Kapitalisten leichter die Kriegsgefahren als den durch die Macht des Proletariats gesicherten Weltfrieden.

Die Stadt Dresden und ihre Arbeiter.

I.

Der Rat zu Dresden hat für die Jahre 1909 und 1910 einen Verwaltungsbericht herausgegeben. Es ist dies ein ziemlich umfangreiches Werk von nicht weniger als 836 Druckseiten in Großformat. In knapper, aber doch eingehender Weise wird über alle Gebiete der außerordentlich großen Verwaltungszweige der Stadt berichtet. Zwecks besseren Verständnisses ist das Jahr 1908 mit herangezogen worden. Uns interessieren naturgemäß die Verhältnisse der Arbeiter in den verschiedenen städtischen Verwaltungen am meisten, sehen wir doch, daß die Stadtgemeinde Dresden ein recht großer Arbeitgeber ist. So waren im Durchschnitt der Jahre 1908, 1909 und 1910 insgesamt beschäftigt: 3814, 3504 und 4025 Arbeiter.

Diese Arbeiterzahl verteilt sich auf die einzelnen Betriebe im Jahre 1910 wie folgt: Betriebsamt (Gas-, Wasser-, Elektrizitäts-

werke) 1185, Fleischbebau und Abdeckeri 15, Güngbad 35, Heil- und Pflegeanstalt 26, Krankenbaus Friedrichstadt 41, Krankenbaus Johannstadt 22, Marktverwaltung 24, Ratsall und Feuerwagnsanstalt 88, Schulanst 2, Stadtgärtnerei und König-Albert-Park 147, Direktion der Straßenbahn (ohne Fahrpersonal) 678, Tiefbauamt einschließlich Straßenreinigung 1588, Vieh- und Schlachthof 157, Vermessungsamt 17.

Der gesamte Lohnaufwand betrug 1908 bei durchschnittlich 8814 Arbeitern 4 859 151,33 Mk. Daraus ergibt sich für den einzelnen Arbeiter ein durchschnittlicher Jahresverdienst von 1271,40 Mark. Im Jahre 1909 betrug die durchschnittliche Arbeiterzahl 8804, die Gesamtlohnsumme 4 987 096,10 Mk., der Durchschnittsverdienst demnach 1311,11 Mk., und 1910 war eine durchschnittliche Arbeiterzahl von 4025 bei einer Gesamtlohnsumme von 5 146 625,22 Mark vorhanden, der Durchschnittslohn ist somit 1278,65 Mk. Vergleich 1909 eine gründliche Neuregelung der Löhne erfolgte, so war doch der Durchschnittslohn 1910 nur rund 4 Mk. höher als 1908, aber rund 33 Mk. niedriger als 1909.

Das ist also der Gesamtdurchschnitt; doch sehen wir uns nun die einzelnen Betriebe etwas näher an. Beginnen wir beim größten, dem Tiefbauamt. Dessen Tätigkeitsbereich erstreckt sich auf das gesamte Tiefbauwesen der Stadt, also den Neubau und die Unterhaltung der öffentlichen Verkehrsanlagen, der Entwässerungsanlagen, die Durchführung der Schwemmanlagen, der Entwässerung, der Abwässerungsanlage, sowie die Straßenreinigung nebst Besprengung und Schneebereitigung. Das Arbeitsgebiet ist in sechs Tiefbau- und eine Kanalbetriebsinspektion, die Bauhofsverwaltung und die Verwaltung der Abwässerungsanlage eingeteilt. Die Straßenreinigung wird unter der Oberaufsicht des Tiefbauamtes als besonderer Dienstzweig ausgeführt. Ueber die Zahl der Arbeiter, die Summe der ihnen gezahlten Löhne sei folgendes angeführt. Durch die 1909 erfolgte Neuregelung der Lohnverhältnisse und Einführung der Normallohnstaffeln nebst Zuschlägen für besondere Arbeiten wurden die Stundenlöhne um 2 Pf. erhöht, nämlich von 35 bis 40 Pf. auf 37 bis 42 Pf. Bei Wipphalterungsarbeiten wird ein Zuschlag von 5 Pf., bei der Kanalreinigung werden Zuschläge von 2 bis 5 Pf. für Ueberstunden von 20 Proz., für Nacht- und Sonntagsarbeit von 25 Proz. gezahlt. Außerdem wird beim Flechten von Pambuden ein sogenanntes Rudengeld von 3 Pf. für die Stunde gezahlt.

	1908	1909	1910
Gesamtsumme der gezahlten Arbeitslöhne	Mk. 1 397 018,11	1 538 048,58	1 503 596,38
Durchschnittl. Arbeiterzahl	1 027	1 112	1 115
Durchschnittlicher Jahresverdienst	Mk. 1 361,16	1 378,55	1 420,23

Diese Durchschnittslöhne der Tiefbauarbeiter übertragen den Gesamtdurchschnitt erheblich, der, wie oben ersichtlich, 1281,11 Mk. betrug. Es ist indessen hierbei zu beachten, daß in diesen Gesamtlohnsummen beim Tiefbauamt die recht hohen Löhne der Affordarbeiter mit enthalten sind. So betrug der durchschnittliche Jahreslohn der

	1908	1909	1910
Granitarbeiter	2 520,— Mk.	2 712,50 Mk.	2 547,50 Mk.
Maurer	1 542,—	2 253,—	1 839,—
Steinleger	2 710,—	2 636,50	2 581,—
Hammer	2 157,50	2 293,50	2 430,50

Werden diese Affordverdienste von der Gesamtlohnsumme in Abzug gebracht, so erniedrigen sich die Durchschnittslöhne der Sandarbeiter ganz bedeutend. Leider ist nicht ersichtlich, wieviel Affordarbeiter beschäftigt waren, so daß wir deren Gesamtlohnbetrag nicht berechnen und von der Hauptsumme in Abzug bringen können.

Ueber die Aufwendungen für die Arbeiterfürsorge beim Tiefbauamt ist folgendes angeführt:

	Höhe des Betrages	Zahl der Arbeiter bzw. Beschäftigten	Gesamtbetrag der Aufwendungen				
			1908	1909	1910		
Weihnachtsfelder anständige Arbeiter	30-50	160	511	577	16770,-	18550,-	20920,-
Mehrlöhne an ständ. Arb. Zuschläge, Sterbegeld an Witwen u. a. Arbeiter	307-600	13	4	0	5125,-	1005,-	3583,-
Witwen- und Waisenlohn	—	8	7	11	436,60	374,10	603,50
Auf Widerruf an Witwen nicht ständiger Arbeiter	85-588	10	9	14	3437,10	2867,40	4729,50
	200-210	2	1	—	—	450,-	200,-

Weiter wird mitgeteilt, daß während der Berichtszeit zwei Arbeiter für ihre langjährigen zehnjährigen Dienstzeiten außer städtischen Ehrenspinnnen eine Ehrennadel von je 100 Mk. erhalten haben. Ferner erhielten sechs „Arbeiterbeamt“, deren es neben-

bei bemerkt beim Tiefbauamt 296 gab, die ebenfalls 25 Dienstjahre in städtischen Diensten verbracht hatten, ein Glückwunschschreiben vom Räte. Dann führt der Bericht noch an, daß beim Tiefbauamt sechs Arbeiterausschüsse bestanden, die in der Berichtszeit dreimal zusammentraten und außerdem am 27. Juli 1910 zu einer gemeinsamen Sitzung sämtlicher Arbeiterausschüsse. Bei der dem Tiefbauamt ebenfalls unterstehenden Bauhofsverwaltung waren durchschnittlich 18 Zimmerer, 9 Schmiede, je ein Schlosser und Stellmacher, sowie 36 Arbeiter (Steinschläger, Steineinleger, Plattenlader) beschäftigt. Es betragen die durchschnittlichen Jahresverdienste der

	1908	1909	1910
Zimmerer	1 497,50 Mk.	1 603,72 Mk.	1 450,88 Mk.
Schmiede	1 776,92	1 416,22	1 663,12
Schlosser	2 409,21	2 266,18	1 967,04
Stellmacher	1 537,82	1 538,35	1 464,15
Steinschläger	1 091,80	1 455,14	1 450,91
Steineinleger	1 452,28	1 484,33	1 488,68
Plattenlader	1 959,01	1 875,—	2 081,—

Zu bemerken ist hierzu, daß die Steinschläger, Steineinleger und Plattenlader im Afford arbeiten. Es ist aber auch hier die auffällige Erscheinung zu beobachten, daß die Löhne 1910 fast durchweg niedriger sind als 1909. Beim Tiefbauamt waren 1908 Unfallanzeigen in 92 Fällen zu erhalten, 1909 waren es 160 und 1910 deren 139. Von der Tiefbauereisgenossenschaft waren für Unfallrenten, Kur- und Kosten einschließlich Sterbegeld 1908 zu zahlen 24 005 Mk., 1909: 23 794 Mk. und 1910: 22 012 Mk.

Die Neuregelung der Löhne in Neukölln.

II. (Schluß.)

Die Anträge der Organisation und Vorstellungen von Mitglidern der sozialdemokratischen Stadterordnetenaktion veranlaßten den Magistrat, die Vorlage einer Revision zu unterziehen und weitere Aufbesserungen für die Lohnklassen A II und A X vorzunehmen.

Diese Vorlage bildete nunmehr die Unterlage für die Beratungen des Rechnungsausschusses. Zugleich standen zur Verhandlung die Anträge der Arbeiter. Die weitaus bedeutendere Forderung in den Anträgen ist die Aufhebung eines Tarifvertrages. Theoretisch sind die maßgebenden Personen der Neuköllner Stadtverwaltung Anhänger der Tarifidee. Sie wurden jetzt vor die Entscheidung gestellt, diese Ideen nunmehr in die Praxis umzusetzen. Aber Theorie und Praxis sind bekanntlich grundverschieden. Vor die Entscheidung gestellt, gab es auf einmal eine Menge Wenn und Aber. Zu einer direkten Abrechnung hatte man aber nicht den Mut und so wurde beschloßen, dem Magistrat zu empfehlen, daß die Lohnkommission in Gemeindschaft mit den Arbeiterausschüssen in Erwägungen darüber eintreten soll, ob ein allgemeiner Tarifvertrag eingeführt werden kann. Der Stadterordnetenversammlung soll eventl. eine Vorlage gemacht werden. Der gleiche Beschluß kam bezüglich der Forderung der Wochenlöhne gütande. Diese Frage soll bei der demnächst stattfindenden Revision der Arbeitsordnung — Anträge wurden von uns im Frühjahr gestellt — entschieden werden. Die städtischen Mörnervereine sind also einer klipp und klaren Entscheidung vorläufig aus dem Wege gegangen. Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Die städtischen Arbeiter werden dafür Sorge tragen, daß in Kürze die beiden wichtigen Fragen entschieden werden. Es wird bei dieser Gelegenheit auch die endliche Durchführung der achtstündigen Schicht für alle kontinuierlichen Betriebe gefordert werden. Zurzeit hat das Betriebspersonal des Elektrizitätswerkes, der Pumpstation, des Krankenhauses und das Maschinenpersonal der Gasanstalt noch die neunstündige Schicht.

Somit: die Löhne in Betracht kommen, nahm der Rechnungsausschuß an der Vorlage noch einige kleine Verbesserungen vor. Alle weitergehenden Anträge lehnte die bürgerliche Mehrheit rundweg ab.

Die Aufbesserungen bewegen sich zwischen 25 Pf. (I) bis 1,50 Mk. pro Woche. Am Durchschnitt werden sie 1,50 Mk. betragen. Die Anträge der Organisation sind damit nur zu einem Teile berücksichtigt. Einzige bei den Friedhofarbeitern und einem Teil der Metzger sind die Anträge in vollem Umfange angenommen worden. Am kläglichsten haben die Betriebsarbeiter der Gasanstalt (Lohnklasse B VIII) abgeschnitten. Hier beträgt die Aufbesserung pro Schicht ganze 5 Pf. oder 30 Pf. die Woche. In vielen Fällen wird die Erreichung des Höchstlohnes in 10 Jahren, bisher in 5 Jahren, die Erhöhungen illusorisch machen. Als einigermaßen günstig kann die Regelung in Lohnklasse A II bezeichnet werden. Hier ist der

Minimallohn von 4,25 auf 4,50 Mf. und der Endlohn von 4,75 auf 5,04 Mf. erhöht worden. Die Erhöhung um 25 bzw. 29 Pf. pro Tag ist jedoch für einen Teil der Arbeiter, und zwar die Gasarbeiter, nur scheinbar. Während früher dort für die Kohlenarbeiten ein Zuschlag von 30 bzw. 60 Pf. bezahlt wurde, werden in Zukunft nur 27 bzw. 54 Pf. gezahlt; ebenso bedeutet auch hier die Erreichung des Höchstlohnes nach 6 Jahren, gegen bisher in 5 Jahren, eine Verachtelung. Ganz leer gingen bei der endgültigen Regelung die Wärter und Wärterinnen des Krankenhauses (Lohnklasse D III und V), die Wochenlöhner der Lohnklasse C I und II und das Omnibuspersonal aus. Eine wesentliche Verschlechterung tritt für die Steinseher (Lohnklasse A IX) ein. Dieser betrug der Lohn 6,75 bis 7,25 Mf. in 5 Jahren, jetzt 6,30 bis 7,20 Mf. in 10 Jahren. Die Steinseher waren übrigens bisher die einzige Arbeiterkategorie, die der Organisation fernstanden. Sie haben dafür den „Dank vom Hause Sabsburg“ geerntet.

Die neue Lohnabelle bringt eine grundlegende Veränderung durch die Einteilung der Arbeiter in Lohnklassen. Bisher waren die Löhne betriebsweise geregelt. Leider bedeutet diese an und für sich begrüßenswerte Neuerung in ihrer Ausführung keinen Fortschritt. Die Tabelle enthält nicht weniger als 33 verschiedene Lohnklassen — ursprünglich waren es sogar 35. Die Ursachen liegen in der bisherigen — und leider durch die Vorlage auch für die Zukunft aufrechterhaltenen — außerordentlichen Verschiedenheit der Lohnsätze und Lohnformen. In Neuköln gibt es Tagelöhne mit Steigerungssätzen, Tagelöhne ohne Steigerungssätze, Wochenlöhne, Monatslöhne und (?) Jahreslöhne. Diese Verschiedenheit veranlaßt die Organisation, die sonst in den Lohnklassen die bessere Lohnregelung erblickt, bei der Aufstellung der Forderungen vorläufig davon Abstand zu nehmen. Allerdings haben unsere Anträge durch die Forderung der Wochenlöhne und möglichste Gleichstellung gleicher Berufe im Lohn dieser Regelung vorzuarbeiten versucht.

Bei der Beratung im Plenum der Stadtverordnetenversammlung hatte die sozialdemokratische Fraktion die Absicht, die Unzulänglichkeit des Geschehenen zu kritisieren und eventuell weitergehende Anträge zu stellen. Die eigenartige Geschäftsführung des Stadtverordnetenvorstehers-Stellvertreters, der einfach en bloc über die Gesamtvorlagen abstimmen ließ, machte dies unmöglich.

Das Personal des Omnibusbetriebes, das in der Vorlage nicht erwähnt war, überreichte sofort erneut Anträge der Deputation für das Fuhrwesen. Gleichzeitig stellte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag, die Gehälter des Personals um 10 Mf. im Monat zu erhöhen. Die Deputation beschloß eine Erhöhung um 5 Mf. im Monat. Bei der Verhandlung im Plenum gelang es dann aber, für diesen Betrieb 10 Mf. pro Monat herauszubekommen.

Das Krankenhauspersonal, das besonders schlecht abkürzt, nahm in seiner Oktoberversammlung zu den Beschlüssen Stellung. In einer Resolution richtete die Versammlung das Ersuchen an den Magistrat, in eine erneute Beratung der Lohnverhältnisse für das Krankenhauspersonal einzutreten, unter Berücksichtigung der aufgestellten Forderungen.

Scharfe Kritik ob ihrer Unzulänglichkeit erfuhr die Regelung in der Versammlung der Mitgliedschaft. In einer Resolution erklärten die Versammelten die Lohnaufbesserungen einzelner Kategorien für ungenügend. Es wurde die alsbaldige tarifliche Regelung gefordert und die Erwartung ausgesprochen, daß hierbei die Löhne der nicht oder wenig aufgebesserten Kategorien berücksichtigt würden. — Die Vorlage erfordert rund 56 000 Mf. im Jahre.

Nach den Beschlüssen sind die Lohnverhältnisse wie folgt geregelt:

Zusammenstellung der Löhne der städtischen Arbeiter Neukölns.

A. Tagelöhne mit Steigerungssätzen.

- I. Lohnklasse. Jugendliche Arbeiter der Straßenreinigungsanstalt: 2,52 bis 2,88 Mf. bzw. 3,06 bis 3,60 Mf., 1 × 27 Pf., 1 × 9 Pf. bzw. 1 × 27 Pf., 2 × 15 Pf.; bisher: 2,45 bis 3,45 Mf.
- II. Lohnklasse. Arbeiter, Desinfektor, Gläublichterträger, Hausdiener (Materialienverwaltung, Keller*), Hilfsseher (Krankenhaus), Hofarbeiter*, Schachtarbeiter*, Skalleute, Straßenreiner: 4,50 bis 5,04 Mf., 6 × 9 Pf.; bisher: 4,25 bis 4,75 Mf., 5 × 10 Pf.

*) Die als Keller auf Neubauten, Schachtarbeiter, als Restemmer beim Rohrriech, Kohlenfarrer, Hilfsarbeiter beim Nebelschmieren und Schlämmen beschäftigten Arbeiter erhalten Zulagen von 3 Pf. pro Stunde; die als Ammonialarbeiter, Kohlenläder und Arbeiter bei den Holzwägen der Gasanstalt sowie die als Hessekreiner und Reiner des Mühlwerkes im Elektrizitätswerk beschäftigten Arbeiter erhalten 6 Pf. Zulage pro Stunde, ebenso die bei der Straßenreinigung mit der An- und Abfuhr von Kohlen und Koks beschäftigten Arbeiter. Die Arbeiter an der Wassergasanlage erhalten 15 Pf. Zuschlag pro Stunde.

III. Lohnklasse. Heizungswärter, Nachtwächter: 4,50 bis 5,40 Mf., 10 × 9 Pf.; bisher: 4,25 bis 5,05 Mf., 8 × 10 Pf.

IV. Lohnklasse. Seizer (Krankenhaus), Silfschloffer (Krankenhaus), Ständeaufnehmer, Kolonnenführer (Sanalisation, Straßenreinigung), Kranfentfischer und Silfsarbeiter, Reglerwärter, Maschinen- und Strichwagenführer, Schreiber und Anzeiger, Stodgesellen, Rammer, Vorarbeiter, 1. Koksmeßer, Silfsmaschinen, Rohrleger (Röhrensystem), Stabelhilfsmonteur, Keller (gelernte Handwerker)*: 4,68 bis 5,58 Mf., 10 × 9 Pf.; bisher: 4,65 bis 5,15 Mf., 5 × 10 Pf.; 4,66 bis 5,45 Mf., 8 × 10 Pf.

V. Lohnklasse. Gärtner (Gartenverwaltung), Sattler, Schmiede (Gasanstalt), Laternenwärter (Kernzündung), Betriebs- und Magazinhandwerker: 4,95 bis 5,85 Mf., 10 × 9 Pf.; bisher: 4,95 bis 5,45 Mf., 5 × 10 Pf.

VI. Lohnklasse. Seizer (gelernte Handwerker), Beschlagsschmiede, Beleuchter (Krankenhaus), Apparatewärter, Schlosser, Zählermonteur, Rohrleger (Gasanstalt)*, Stabelmonteur: 5,22 bis 6,12 Mf., 10 × 9 Pf.; bisher: 4,95 bis 5,95 Mf., 10 × 10 Pf.; 5,15 bis 5,95 Mf., 8 × 10 Pf.

VII. Lohnklasse. Maschinisten: 5,49 bis 6,30 Mf., 10 × 9 Pf.; bisher 5,45 bis 5,95 Mf., 5 × 10 Pf.

VIII. Lohnklasse. Kolonnenführer (Gasanstalt, Röhrensystem), Hochspannungsmonteur, Turbinenführer, 1. Zählermonteur, Betriebsmaler: 5,67 bis 6,57 Mf., 10 × 9 Pf.; bisher: 5,45 bis 6,45 Mf., 10 × 10 Pf.

IX. Lohnklasse. Silfsmeister, Schirmmeister, Steinseher: 6,30 bis 7,20 Mf., 10 × 9 Pf.; bisher: 5,95 bis 6,45 Mf., 5 × 10 Pf.; 6,95 Mf.; 6,75 bis 7,25 Mf., 5 × 10 Pf.

Die Steigerungen erfolgen alljährlich.

B. Tagelöhne ohne Steigerungssätze.

- I. Lohnklasse. Bartefrauen in den Bedürfnisanstalten: 2 bzw. 2,25 Mf.; bisher: 1,75 bis 2 Mf.
- II. Lohnklasse. Nachtwachen, Giechfrauen: 2,50 Mf.; bisher: 2,25 Mf.
- III. Lohnklasse. Waschfrauen, Blätterinnen (Blätterinnen für seine Wäsche 50 Pf. Zulage), Räderinnen, Abwaschfrauen, Reinigungsfrauen, Gartenarbeiterinnen: 2,75 Mf.; bisher: 2,75 Mf.
- IV. Lohnklasse. Parkwächter (nicht voll arbeitsfähig): 3 Mf.; bisher: 3 Mf.
- V. Lohnklasse. Baraufseher, Reinmachefrauen (Hochbau), Silfsarbeiter bei der Schneebeiseitigung: 3,50 Mf.; bisher: 3,50 Mf.
- VI. Lohnklasse. Bauwächter, Aufseher beim Kohlenfarren, Sprengungsführer, Baubote: 4,50 Mf.; bisher: 4,25 bis 4,40 Mf.
- VII. Lohnklasse. Radierer: 5,50 Mf.; bisher: 5,40 Mf.
- VIII. Lohnklasse. Feuerleute, Nebelschmierer: 6 Mf.; bisher: 5,95 Mf.

C. Wochenlöhne.

- I. Lohnklasse. Laboranten, Laufburschen, Lehrlinge: 7,50 bis 12 Mf., 1 × 2,50 bzw. 2 Mf.; bisher: 7,50 bis 12 Mf., 1 × 2,50 bzw. 2 Mf.
- II. Lohnklasse. Gärtner (Krankenhaus**), Gläubkörperabrennerinnen: 20 bis 25 Mf., 5 × 1 Mf.; bisher: 20 bis 25 Mf., 5 × 1 Mf.
- III. Lohnklasse. Friedhofsarbeiter: 30 bis 35 Mf., 5 × 1 Mf.; bisher: 28,15 bis 33,15 Mf., 5 × 1 Mf.
- IV. Lohnklasse. Vorarbeiter-Stellvertreter (Friedhof): 31 bis 36 Mf., 5 × 1 Mf.; bisher: 29,15 bis 34,15 Mf., 5 × 1 Mf.
- V. Lohnklasse. Vorarbeiter (Friedhof), Obergärtner: 35 bis 40 Mf., 5 × 1 Mf.; bisher: 33,15 bis 38,15 Mf., 5 × 1 Mf.
- VI. Lohnklasse. Obermaschinen (Krankenhaus***), 1. Rohrleger: 37 bis 42 Mf., 5 × 1 Mf.; bisher: 35 bis 40 Mf., 5 × 1 Mf.; 36,75 bis 41,75 Mf., 5 × 1 Mf.

D. Monatslöhne.

- I. Lohnklasse. Küchenmädchen, Waschmädchen, Hausmädchen, Stationsmädchen, Dienstmädchen: 25 bis 37 Mf. (außerdem freie Verpflegung und Wohnung im Werte von zusammen 550 Mf. jährlich und freie Dienstkleidung und Wäschereinigung), 4 × 2 Mf. nach je 3 Monaten, 2 × 2 Mf. nach je 6 Monaten; bisher: 24—32 Mf.; 24 bis 36 Mf.
- II. Lohnklasse. Hausdiener (Krankenhaus), Aufseher (Krankenhaus), Pförtner, Weierarbeiter: 32 bis 47 Mf. (außerdem freie Verpflegung und Wohnung im Werte von zusammen 550 Mf. jährlich und freie Dienstkleidung und Wäschereinigung), 3 × 2 Mf., 1 × 4 Mf. nach je 3 Monaten, 3 Mf. nach 18 Monaten, 2 Mf. nach 24 Monaten; bisher: 30—45 Mf.
- III. Lohnklasse. Wärterinnen: 35 bis 60 Mf. (außerdem freie Verpflegung und Wohnung im Werte von zusammen 550 Mf. jährlich), 3 × 5 Mf. jährlich; bisher: 35—50 Mf.
- IV. Lohnklasse. Köchinnen: 45 bis 60 Mf. (außerdem freie Verpflegung und Wohnung im Werte von zusammen 550 Mf. jährlich), 6 × 2,50 Mf. nach je 6 Monaten; bisher 40 bis 55 Mf.

*) 3 Pf. Zulage pro Stunde auf Neubauten.

***) Außerdem freie Wohnung und Verpflegung im Werte von zusammen 550 Mf. jährlich.

****) Außerdem freie Wohnung im Werte von 300 Mf. jährlich.

V. Lohnklasse. Wärter: 40 bis 60 Mk. (außerdem freie Verpflegung und Wohnung im Werte von zusammen 550 Mk. jährlich und freie Dienstkleidung und Wäschereinigung), 4 × 5 Mk. jährlich; bisher: 40 bis 60 Mk.

VI. Lohnklasse. Aufseher des Postbofes: 110 Mk. (außerdem freie Wohnung).

E. Jahreslöhne.

I. Lohnklasse. Sammelmeister: 300 Mk. (außerdem freie Station im Werte von 550 Mk. jährlich); bisher: 240 Mk.

II. Lohnklasse. Oberwäckerin: 500 bis 600 Mk. (außerdem freie Station im Werte von 550 Mk. jährlich und freie Dienstkleidung und Wäschereinigung), 2 × 50 Mk. jährlich; bisher: 500 bis 600 Mk., 2 × 50 Mk.

III. Lohnklasse. Desinfektor: 500 Mk. (außerdem freie Station im Werte von 550 Mk. jährlich und freie Dienstkleidung und Wäschereinigung im Werte von 750 Mk. jährlich); bisher: 500 Mk.

IV. Lohnklasse. Apothekendiener, 2. Operationswärter, 2. Leichendiener: 1200 bis 1440 Mk. (ohne freie Station), 4 × 60 Mk. jährlich; bisher: 1400 Mk.; 1200 bis 1440 Mk.; 1260 Mk.

omnibusbetrieb.

Das Omnibuspersonal untersteht nicht den Bestimmungen der Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter Neustöllns.

Schaffner. Anfangsgehalt: 105 Mk. (bisher: 95 Mk.), nach 2 Jahren: 110 Mk. (bisher: 100 Mk.), nach 4 Jahren: 115 Mk. (bisher: 105 Mk.), nach 6 Jahren: 120 Mk. (bisher: 110 Mk.), nach 8 Jahren: 125 Mk. (bisher: 115 Mk. nach 10 Jahren).

Kutscher. Anfangslohn: 125 Mk. (bisher: 115 Mk.), nach 2 Jahren: 130 Mk. (bisher: 120 Mk.), nach 4 Jahren: 135 Mk. (bisher: 125 Mk.), nach 6 Jahren: 140 Mk. (bisher: 130 Mk.), nach 8 Jahren: 145 Mk. (bisher: 135 Mk. nach 10 Jahren).

Stallente. Anfangslohn: 4,50 Mk. pro Tag, steigend jährlich um 9 Pf. bis 5,04 Mk. nach 6 Jahren; bisher: 4,25 Mk., steigend jährlich um 10 Pf. bis 4,75 Mk. nach 5 Jahren.

Wir stellen schon im Anfang dieser Ausführungen fest, daß die Arbeit der städtischen Körperschaften keine Befriedigung in den Kreisen der Arbeiter ausgelöst hat. Die große Mehrzahl der Kollegen hält die Zulagen für ungenügend. Und angesichts der gewaltigen Steigerung der Kosten der Lebenshaltung trifft dies zu. Sollte der Magistrat einer tariflichen Regelung, die natürlich einen Ausgleich bringen müßte, nicht zustimmen, dann werden die städtischen Arbeiter weitere Schritte unternehmen.

Für die Kollegenarbeit erwächst aber die Pflicht, angesichts dieser Situation mit allen Kräften am Ausbau ihrer Organisation zu arbeiten, die allein Schutz und Schuß der städtischen Arbeiter ist.

Aus den Stadtparlamenten

Stellungnahme städtischer Körperschaften zur Teuerung.

Eingaben an Reichstag und Bundesrat auf Erleichterung der Fleischemfuhr usw. haben ferner die Stadtverwaltungen von Altona, Bernau i. M., Berlin-Mariendorf, Glogau, Hohenstein-Ernstthal, Kemel, Rauhof und Spandau beschlossen. Auch der Deutsche Städte- tag hat eine solche Eingabe beschlossen.

Berlin. Der Magistrat bezieht aus Ausland billiges Fleisch und läßt es in den Markthallen durch die Fleischermeister verkaufen. Am 23. Oktober sollte mit dem Verkauf begonnen werden. Der Magistrat hatte es durch öffentlichen Anschlag bekannt gemacht. Als aber die Frauen zu Tausenden heranströmten, um von dem Segen des billigen Fleisches zu profitieren, wurden sie von den Fleischermeistern mit Rohreden empfangen. Das dem Magistrat gegebene Versprechen, den Fleischverkauf in die Hand zu nehmen, hatten letztere gebrochen. Es kam daher zu größeren Krawallen, so daß die Polizei eingriff. Der Magistrat aber drohte den renitenten Fleischern mit Entzug der Markthalenstände und Uebernahme des Fleischverkaufs in eigene Regie. Da erst wurden sie vernünftig und der Fleischverkauf geht nunmehr glatt vonstatten.

Berlin-Mariendorf bewilligte 6000 Mk. zum Ankauf von Lebensmitteln.

Vielefeld, Dortmund, Iserlohn, Krefeld, Mülheim a. Rh., Münden, Offenbach a. M., Ostrod, Pieren und Worms haben dänisches Fleisch eingeführt resp. beschlossen, solches einzuführen.

Glogau. Die gemischte Deputation beschloß: Es soll dem Magistrat ein Kredit von 5000 Mk. eingeräumt werden, um gutes und billiges Fleisch von auswärts im Einzelnehmen mit der Fleischerinnung einzuführen.

Reg. Der Gemeinderat bewilligte 40 000 Mk. zum Einkauf frischen Fleisches sowie lebenden Viehes aus Holland.

Ostrod. Die Stadtverwaltung hat 1000 Mk. zum Ankauf von Seefischen ausgeworfen.

Notizen für Gasarbeiter

Strasbourg i. G. Die Lohnbewegung der Laternenanzünder ist mit einem Erfolg der Kollegen beendet worden, der im Abschluß eines Tarifvertrages seinen Ausdruck fand. Die Lohnerböhung beträgt ab 1. November 1912 5 Mk. monatlich; nächstes Jahr tritt eine weitere Erhöhung um 3 Mk. und zwei Jahre später von ebenfalls wieder 3 Mk. pro Monat ein. Die Bezahlung des Lohnes während der Dauer militärischer Übungen wurde prinzipiell abgelehnt, obwohl die Direktion anerkannte, daß die Ausgaben hierfür keine sehr große sein würden. Die Anzünder der Außenquart-

Das Menschenjochthaus.

II. Der Sumpf. (Schluß.)

Den ganzen Vormittag hatten wir in der Ferne schießen gehört, Kanonendonner und Geschreul. Unser Regiment war hin und her gezogen. Das Geseht war nah und näher gekommen. Wir erwarteten jeden Augenblick ins Feuer zu müssen, und dann mußten wir wieder zurück und eine neue Angriffsstelle suchen. Es war, als ob die Befehle, die da kamen, einander widersprachen, und diese Ungewißheit legte sich lähmend auf die Gemüter und machte Offiziere und Mannschaften nervös.

Zuletzt hatten wir uns durch einen Engpaß gewunden, dessen steile Anhöhen links und rechts mit Bäumen dicht bestanden waren. Es war ein wenig drunter und drüber gegangen. Durch regenfeuchte Büsche hatten wir uns zwängen müssen, durch Brombeer- gesträuch und hohes Ginstergewächs, daran die grünen Schoten hingen. Mitunter war nichts als Blätterdach und Blätterwand zu sehen, und wir atmeten auf, als endlich wieder der Himmel sich über uns öffnete. —

Und nun kommen wir auf eine grüne Wiese und ziehen quer hinüber und können noch immer nichts von feindlichen Kolonnen sehen. Sogar das Schießen ist gedämpft und ferner als zuvor. Es ist, als wären wir in eine andere, abgelegene Welt gekommen, und — so ist es auch, denn bald merken wir, wie der Boden unter unseren Füßen weich geworden ist, wie das Wasser bei jedem Schritt hervorquillt. Wir geraten, wenn wir weitergehen, mitten in einen Sumpf hinein.

Darum die Einsamkeit rings herum.

Es ist unmögliches Terrain.

Links und rechts und rund herum nichts als Sumpf, der sich zu einem breiten, offenen Wasser ausläßt, von dem wohl niemand sagen kann, wie tief es ist und ob da Furtur sind.

Und schon schwenkt vorne die Spitze im Bogen herum und wieder geht's zurück, dem Engpaß zu, um aus dem Wauseloch herauszu- kommen.

Und mitten auf der Wiese: halt!

„In Zugkolonnen aufmarschiert!“

Die Kompagnien haben sich formiert. Die Offiziere sind zusammengetreten und halten Rat. Wir scheinen die Verbindung verloren zu haben. Der Sergeant neben mir flucht in den Bart und flucht von Blödsinn und Blindkuh. Ich sehe nachdenklich die baum- und buschbewachsenen Höhen hinauf und denke, was für einen Spaß das geben könnte, wenn wir nun durch den Engpaß wieder zurück müßten und mitten drin von links und rechts der Feind auf uns herniederbräche — es käme kein Mann lebendig wieder heraus — mir fällt die Schlacht im Teutoburger Walde ein — ich luche zu erkennen, ob es Eichen oder Buchen drüben sind — auf einmal blüht es in den Büschen auf, es tracht das Firmament und schwankt, als sollt es auf uns niederstürzen. . .

„Hinlegen!!!“ kreischt das Entsetzen irgendwo.

Und zitternd liegen wir . . . und über uns saust es dahin und brüllt nach unserm Fleisoh! . . . Was nun? Nun drauf und dran! In die Kanonen springen! Mit unserm Fleisoh die Feuereschlünde zu erklettern!

„Auf! auf!“ Der Hauptmann kommt gerannt. Der Eisenatem klemmt uns an dem Boden fest. . .

Kopf weg!

Jetzt!

Jetzt!!

Da — daaa!

Es hat die Himmelsdecke über uns geknallt und ist von oben in den Sand gepfist. Da liegt das Leben zappelnd an der Erde, und die Hände, die sich an die Erde klammerten, die greifen nur sinnlos in die geplante Luft. Ich komme wieder hoch . . . es hat mich nicht getroffen. Der aber neben mir aufsprang, der liegt platt in dem Sand und schreit wie mit verrückter Stimme. Er liegt, als war er mit dem Bauch fest an die Erde genagelt, als könnte er nicht wieder los. Der Bauch ist tot, nur noch die Arme und die Beine leben. Und Arme und Beine lauten durch die Luft.

„Sprung auf! March! March!“ geht es in unsere Ohren. Wir wissen nicht mehr, wer da ruft, und wissen nicht, wohin es uns

tiere einschließlich derjenigen, die Uhrenlaternen zu besorgen haben, erhalten für die Benutzung ihres Fahrrads oder eventuell Tram-Anlagen eine Vergütung von 2 Mk. monatlich. Der Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes beträgt nach dem 1. bis 5. Dienstjahr drei Tage, vom 6. bis 10. Dienstjahr 6 Tage (bisher 5 Tage), vom 11. bis 15. Dienstjahr ab acht Tage (bisher auch nur 5 Tage). Jeder Angewandte erhält einen guten, starken Mantel mit Regenpelerine, von welchem er jedoch die Hälfte zu bezahlen hat. Tritt ein Angewandter nach einem Jahr aus dem Dienst, steht ihm der Mantel zu. Die Entschädigung für die Besorgung der Gasuhren bleibt wie bisher. Die Höchstzahl der Uhren, die ein Mann zu besorgen hat, beträgt 500 und werden die Bezirke jährlich revidiert und die überschüssige Zahl Uhren abgenommen. Damit ist einer allzugroßen Belastung der Leute vorgebeugt. Da der Lohn der Angewandten nunmehr 95 und nach 10 Jahren 100 Mk. monatlich beträgt, so kommen dieselben mit der Entschädigung für die Uhren, welche in der Regel 15 Mk. monatlich beträgt, auf ein Einkommen von 110 und 115 Mk., mit der späteren Lohnerhöhung auf 118 und 121 Mk. Das ist nicht sehr hoch, aber immerhin besser wie gegenwärtig. Die Direktion hat freilich besser abgemessen, da es ihr möglich war, die Lohnansprüche sehr herabzumindern und so ohne besonders große Opfer über die Bewegung wegzukommen. Die Ursache hiervon lag hauptsächlich in dem Umstand, daß die Angewandten verhältnismäßig jung organisiert sind und der Ausgang eines eventuellen Streiks immerhin zweifelhaft war. Solange deshalb eine friedliche Einigung einigermaßen möglich war, sollte diese für die ganze Stadt nicht angenehme Eventualität vermieden werden. Bemerkenswert ist die Ablehnung der Lohnzahlung bei militärischen Lebenseinstellungen aus prinzipiellen Gründen. Da klagen die Unternehmer das ganze Jahr gar beneidlich über den Klassenkampf der Arbeiter. Niemand es denn nicht ein Stück des krassesten, des schärfsten Klassenkampfes, wenn Unternehmer selbst die geringste soziale Verbesserung, von der sie selbst anerkennen, daß sie nicht viele Ausgaben verursacht, ablehnen aus prinzipiellen Gründen, d. h. aus Rücksicht auf ihre Unternehmerkollegen, aus Rücksicht auf ihre Klasse. Das ist es, was verbittert und den Keim zu neuem Klassenhaß legt.

◆ Wasserbauarbeiter ◆

Staudach. „Wie steht es mit der Lohnaufbesserung?“ lautete das Thema, über welches Kollege Geisler-Rosenheim in der Wasserbauarbeiter-Versammlung vom 20. Oktober sprach. Eingeleitet schilderte der Referent die Vorgänge im Finanzausschuß und bedauerte insbesondere die Haltung der Staatsbauverwaltung, daß keine allgemeine, sondern eine durchschnittliche Lohnaufbesserung unter Berücksichtigung der bestehenden Ungleichheiten eintreten soll. Dies hat zur Folge, daß nicht alle Wasserbauarbeiter eine Lohnerhöhung erfahren werden, was angeht die letzten allgemeinen Lohnerhöhung vom Jahre 1908 sehr unannehmlich empfunden wird. Zum mindesten muß jedoch die Erwar-

tung ausgesprochen werden, daß bei Verteilung der Lohnaufbesserung die besonders teuren Gebirgsorte und -städte nicht übersehen werden. — Anschließend an die beifällig aufgenommenen Ausführungen des Referenten wurde bei Betriebsangelegenheiten der Wunsch geäußert, es möchte noch in diesem Jahre eine Sitzung des Arbeiterausschusses stattfinden, um endgültige Richtlinien für die Gewährung der Entfernungszulagen zu schaffen. Auch wurde darüber Klage geführt, daß die Arbeiter an den Lohnzahltagen oft über eine halbe Stunde länger warten müssen, bis sie ihren Lohn erhalten. Dies bedarf um so mehr der Regelung, als die Arbeiter an diesen Tagen meist noch zu ihren Angehörigen heim wollen, wobei oft Wegzureden bis über drei Stunden zurückzulegen sind. Es scheint aber, daß die Vorgesetzten erst jedesmal auf solche Dinge besonders aufmerksam gemacht werden müssen. Weiter hat es mit den Wasserleitern keine liebe Not, die nie in genügender Anzahl und guter Qualität vorhanden sind, wenngleich dem Arbeiterausschuß versichert wurde, daß hierauf ein besonderes Augenmerk gerichtet wird. Viel zu wünschen lassen auch Schutzvorrichtungen zur Verhütung von Unfällen übrig, so daß um so nachdrücklicher die Durchführung unserer Reformvorschläge zu fordern ist. Die Verhandlung wird den vorgebrachten Beschwerden ihr besonderes Augenmerk entgegenbringen und dem Arbeiterausschuß eine entsprechende Vorlage unterbreiten.

◆ Aus unserer Bewegung ◆

Altona. In der stark besuchten Versammlung vom 19. Oktober wurde beschlossen, an den Magistrat und das Stadterordnetenkollegium den Antrag zu stellen, eine Feuerungszulage von 50 Pf. pro Tag als Zuschuß zum Lohn zu gewähren. Schneiderberg begründete die Vorlage. Er verwies einerseits auf den Stand der Löhne und andererseits auf die Höhe der Lebensmittelpreise und illustrierte an Beispielen, daß die Mehrheit der Altonaer städtischen Arbeiterkraft jetzt unmöglich mit ihrem Lohn Einkommen ordnungsmäßig zu haushalten vermöge. Die vor Jahresfrist in Kraft getretene allgemeine Arbeitsordnung habe den meisten, und zwar größeren Arbeitergruppen nicht annähernd genügend hohe Löhne gebracht. Schnelle und merklich durchgreifende Verbesserung des Lohnniveaus sei notwendig und deshalb der Antrag auf Feuerungszulage in beschriebener Höhe und Form. Lebhafteste Zustimmung erfuhr die von mehreren Anwesenden abgegebenen Erklärungen, die Vorlage spreche in jeder Hinsicht so überzeugend, daß jede Diskussion überflüssig sei. Alle Versammelten, auch die anwesenden unorganisierten städtischen Arbeiter, stimmten für die beantragte Resolution. Kollege Rie und anderen war dies Veranlassung zu energischen Aufrufen zur Organisation, zum Anschluß an den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband. Sämtliche städtischen Arbeiter aller Betriebe der Stadt Altona müßten dem Verband angehören und so gemeinsam dauernd und nicht nur in der Zeit

gerufen hat. . . . Wir schnellen hoch. Wir lassen Hauptmann und Vermundete in ihrem Blut, wir laufen auf und davon und laufen mit den Granaten um die Wette; denn wir laufen um unser splittertes Leben. Doch die Granaten sind schneller als wir. Sie fahren uns von hinten in den Rücken, und wo die unsichtbare Garbe schießend niederstürzt, da stürzt es mit und fugeht sich so tumterbunt in seinem Blut. Wir aber springen über zukende, auseinanderwirbelnde, über purzelbaumschlagende Leiber hinweg und sehen nicht nach links und rechts. Wir laufen und machen uns im Laufen klein. Wir ziehen den Hinterkopf tief in die Schulter ein; denn jeder fühlt, im nächsten Augenblick wird ihm der Kopf von hinten aus den Achseln springen. Und Eisenaugen glühen uns von hinten an.

Der Sumpf! der Sumpf! So bäumt es in mir auf. Wir laufen Windlings in den Sumpf hinein. Jetzt nur noch zwanzig Schritt — jetzt haben die vorderen ihn erreicht und springen besinnungslos vor Anstalt hinein — hoch spritzt das Wasser auf — und nun — was da? Sie blieben mit den Füßen stecken — sie tippen vorne über — greifen nach einem Halt — das Gewehr schießt voraus — und mit dem Gesicht nach vorn stürzen sie ins Wasser hinein — — — und hinterdrein kommt es gestampft — der dichtgedrängte tolle Schwarm . . .

Jurid! Jurid!

Doch keiner weiß mehr, was er tut. Und ob die Augen vor dem Schrecklichen, was sie da vor sich sehen, aus dem Kopfe treten, es weilt der Tod uns seinen Atem ins Genid.

Und in das gurgelnde, leiberjappelnde, das lungenaufnehmende Wasser hinein, über lebendige, unter Wasser sich krümmende Reckenleiber hinweg stampft uns der Tod dem andern Ufer zu. Hier stürzt, der ist verloren, denn hinter uns drängt es unaufhaltbar nach. Schon geht das Wasser uns bis an die Brust. Aber wir treten auf einen festen Grund. Wohl faßt der Grund nach uns und klammert sich an unsere Beine. Wohl beißt das Wasser wild mit Zähnen und an Fingernägeln in unser Fleisch. Doch wir zertreten, was uns von unten her zu sich hernieder ziehen will. Gefallene Schultern heben sich, sie stürzen wieder und verschwinden. Ertrinkende Gesichter tauchen auf und klammern sich ans Licht und fahren gurgelnd in die Tiefe. Verlorene Arme greifen in der Luft umher und wollen sich

aufs Wasser stützen. Wir weichen diesen Armen aus, denn was sie lassen, würgen sie hinab. — — —

Und mitten in das Todeshaften, in das Lungenpfeifen, in das Keuchen roter anastgedunsener Köpfe schlägt der Granatenhimmel ein und schmettert seinen Eisenhagel nieder. Hoch spritzt das Wasser auf. Und abermals!

Es explodiert und brüllt, und Bleigeißel und Menschengeßel, und Blut und Wasser schäumen hoch, daß keiner weiß, ob er getroffen oder noch lebendig ist, denn vor mir, nah, daß ich sie greife, sehe ich eine bloßgelegte Halsschlagader wie einen Springbrunnen im Bogen spritzen, mit seinem Blute wieder taumelt der Betroffene, und Blut und Heulen stillt die schwarze Flut, bis sie zuletzt vor Menschenblut errötet ist — — Vorwärts! Nicht umsehen! Dort. Das andere Ufer da! Da steht das Leben ja und breitet seine Arme aus! Vorwärts! Ehe man uns all in diesem Sumpf ermorde hat! Hinan! Hinan! Gelobt sei Gott! Das Wasser fällt! Nun noch die Hüften — nun die Knie!

Und nun —

Die Füße springen auf den trockenen, benedieten Boden und greifen unaufhaltsam aus und laufen übers Feld. Sie hören auf kein Kommando mehr. Sie laufen, laufen dem schützenden, barmherzigen Walde zu.

Da — mitten zwischen die Bäume hinein und in die Büsche; in die Dornen! Da fallen sie leblos zu Boden, und das Gesicht fällt an die Erde und kneist die Augen zu, um das verfluchte Himmelsblau, das tödlich auf uns niederspie, nicht mehr von Angesicht zu sehen — — ihr Hunde! Bestien! von hinten in den Rücken schießen! — — das ist nichts mehr als feiger Mordmord!

Und langsam kehrt uns Atem und Besinnung wieder, und als wir uns gefunden haben, da sehen wir uns mit stummen Augen an. Und diese Augen vertünden nichts Gutes. Ein großes, unlagbares Entsetzen, das sich nicht wieder legen wird, ist in diesen Augen angestanden.

größter Not, an der Verbesserung ihrer Lage arbeiten. Durch ostentativen Beschluß verpflichteten sich die Versammelten zu dieser Organisationsarbeit.

Berlin (Kanalisation). In der Pumpstation X haben sich Arbeiter eingebürgert, die es angebracht erscheinen lassen, sie an das Licht der Öffentlichkeit zu ziehen. Der dort beschäftigte Aufseher Fröh scheint seine Aufgabe darin zu erblicken, die ihm unterstellten Arbeiter auf jede nur mögliche Art zu dressieren und zu schultieren. Auf den übrigen Stationen halten es die Aufseher für ihre Pflicht, des Morgens beim Dienstantritt den Leuten Anweisung zu geben, was den Tag über gemacht werden soll, damit sie imstande sind, zur rechten Zeit vom Hof zu fahren. Anders beim Aufseher Fröh. Er läßt sich morgens zur Ausgabe der Arbeitsparole überhaupt nicht sehen. Die Leute sind gezwungen, nach dem Bureau zu gehen, um zu fragen, was gemacht werden soll. Dafür bekommen sie Nebensachen an den Kopf geworfen, die jeder Beschriebene spottet. Der Herr glaubt seinen Arbeitern alles bieten zu können. So sind unter anderem die Leute in seinen Augen Lügner, er allein ist der Glaubwürdige. Wie weit der Herr Aufseher die Achtung vor seinen Arbeitern verloren hat, dafür folgendes Beispiel: Herr Fröh hält es nicht für notwendig, seine Bedürfnisse in dem dazu bestimmten Raum zu verrichten; er benutzt einfach den Cimer, den die Arbeiter dann zu entleeren haben. Wir erwarten, daß die Direktion im Interesse der Werke dafür Sorge trägt, daß den Arbeitern eine menschenwürdige Behandlung zuteil wird und diesen Beswerden nachgeht.

Berlin-Lichtenberg. Die Stadtverordnetenversammlung am 10. Oktober stimmte einem Antrage auf Abänderung der Bestimmungen über die Alters- und Metallversorgung für die städtischen Arbeiter zu. Nach der Aenderung wird das Ruhegehalt nach zehnjähriger Dienstzeit von $\frac{1}{100}$ auf $\frac{2}{100}$ des Einkommens erhöht, ferner die Witwenrente von 216 auf 300 M. in den letzten 8 Jahren festgesetzt. In der Sitzung der Stadtverordneten am 24. Oktober fanden endlich die Anträge der Arbeiter vom Jahre 1911 ihre Erledigung. Danach wird für alle städtischen Arbeiter, mit Ausnahme der Chauffeure, Kutsher und Wächter die neunmündige Arbeitszeit eingeführt. Der Minimallohn beträgt in Zukunft 4,25 M. und steigt nach einem Jahr auf 4,50 M. pro Tag. Ueberstunden werden mit 25 Proz., nach 8 Uhr abends als Nacharbeit, sowie Sonn- und Feiertagsarbeit mit 50 Proz. Aufschlag bezahlt. Der Sommerurlaub wurde bei Betriebsarbeitern nach 1 Jahr, bei den übrigen Arbeitern nach 3 Jahren, auf 4 Tage und nach 5 Jahren auf 10 Tage festgesetzt. Die Bezahlung der Differenz soll in Zukunft regelmäßig erfolgen. Ein gemeinsamer Arbeitersausschuß für die Betriebe der Straßengerätigung, Parkverwaltung, Tiefbau, Kanalisation und Friedhöfe soll errichtet werden. Der Antrag auf Einführung einer „Allgemeinen Arbeitsordnung“ befindet sich im Stadium der „Erwägungen“. Beschlossen wurde ferner noch für die von Himmelsburg übernommenen Kollegen, die bisher bezahlten Beiträge für die Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung auch fernerhin im vollen Umfange zu tragen.

Dessau. Der Herr Oberbürgermeister fühlt sich durch die am 27. September abgefaßte und an die Öffentlichkeit gebrachte Resolution (vergl. „Gew.“ Nr. 41) der städtischen Arbeiter sehr beleidigt und bringt das in der Baukommissionssitzung vom 3. Oktober folgendenmaßen zum Ausdruck. „Er berichtet, daß die städtischen Arbeiter am 27. September unter Leitung eines „Auswärtigen“, im „Tivoli“ eine Protestversammlung abgehalten haben, in welcher nach dem vorliegenden Bericht der ablehnende Standpunkt der bürgerlichen Parteien im Gemeinderat mit scharfen Worten geäußert worden sei. Der Vorsitzende berichtet, daß zurzeit der Vorschlag der Sonderkommission auf seine finanzielle Wirkung geprüft werde und zu mancherlei Schwierigkeiten Veranlassung gebe. Aus diesem Grunde habe beim Etat der Gemeinderat beschlossen, die Magistratsvorlage, laut welcher eine Zulage von etwa 7700 M. für die vollkräftigen Arbeiter gewährt werden sei, auf einige Zeit in Kraft zu setzen. Die höheren Löhne würden auch schon bezahlt; das Steigen der Löhne sei in gewissen Zeiträumen ebenfalls schon beschlossen. Der hierin liegende Vorteil komme allen Arbeitern zugute. Die für alle Arbeiter in Höhe von 1 M. beantragte Feuerungszulage könne dagegen mit der vom Gemeinderat beschlossenen Etala überhaupt nicht in Zusammenhang gebracht werden. Wolle der Gemeinderat über die am 17. Juni beschlossenen Löhne hinausgehen, so könne dies nur geschehen, indem die städtischen stolanmäßigen Lohnsätze prozentual aufgebessert würden. Die finanzielle Wirkung dieser Maßregel sei genau zu überlegen und müsse erst zunächst für jeden einzelnen Arbeiter festgestellt werden. Mit Rücksicht auf die jetzt bestehende Teuerung sei es aber wünschenswert, die nach dem Beschluß des Gemeinderats fortfallende bisherige Wohnstättqualifikation von 15 M. für dieses Jahr noch einmal zu gewähren. Der Magistrat habe gar keine Möglichkeit gehabt, anders zu verfahren, da er an die Beschlüsse des Gemeinderats gebunden gewesen sei und die mit der Prüfung beauftragte Baukommission am 27. Juni unter Zustimmung eines der Antragsteller ausdrücklich beschlossen habe, erst einmal die Durchführung des Gemeinderatsbeschlusses vorzunehmen. Es sei deshalb durchaus nicht zu billigen, daß die städtischen Arbeiter, trotzdem ihnen

bekannt war, daß die Angelegenheit noch in der Kommission einer sorgfältigen Prüfung unterzogen wurde und noch nicht erledigt sein konnte, eine Protestversammlung abgehalten und eine Resolution gegen den Magistrat und Gemeinderat gefaßt haben.“ — Der Oberbürgermeister redet so gering von einem „Auswärtigen“, er ist doch auch kein Dessauer, und er würde es sich gewiß sehr verbitten, wenn man ihn deshalb geringer einschätzen wollte. Er wählt den Stieb auf die Person auch wohl nur deshalb, weil er das, was unser Kollege Wachtendorf ausführte, sachlich nicht erschüttern kann. Unser Protest galt auch weniger den bürgerlichen Parteien als dem Verhalten des Oberbürgermeisters, und es muß bemerkt werden, daß die Resolution noch viel zu gelinde abgefaßt war, zumal wenn man folgenden skandalösen Ausruf des Oberbürgermeisters in der Gemeinderatsitzung vom 19. September betrachtet:

„Wenn das mit den Zulagen so weiter geht, werde ich eine furchtbare Maggia halten, und die Leute, wie es in der Industrie geschieht, mit 45 Fahren weg schicken. Ich beantrage, über den Antrag Deist zur Tagesordnung überzugehen, denn 25 Proz. der städtischen Arbeiter bekommen heute schon viel zu viel Lohn.“

Das war der Butausbruch eines Despoten, aber nicht die laßtvolle Rede eines Achtung einflößenden Vorgesetzten. Wenn der Oberbürgermeister es jetzt als wünschenswert bezeichnet, daß den städtischen Arbeitern mit Rücksicht auf die Teuerung 15 M. Wohnstättqualifikation gezahlt werden, so ist er wohl schon etwas von dem Standpunkt abgekommen, daß sie eine Feuerungszulage nicht haben dürften. Sichtlich ist sein Erkenntnisvermögen in dieser Richtung hin noch weiter entwicklungsfähig. Es ist leider auch hier sehr zu bedauern, daß wir noch viel unorganisierte Arbeiter unter uns haben, die nicht zu der Erkenntnis kommen können, daß wir uns nur durch geschlossene Einigkeit und Solidarität gegen solche Beleidigungen in Zukunft am besten schützen können. Das Deutliche und Schwarzerweisen ist noch zu sehr unter den städtischen Arbeitern eingewurzelt und es muß deshalb jedes organisierten und überzeugten Kollegen, eifrigste Pflicht sein, solchen Indifferenten aufs schärfste und markanteste klarzumachen, wo sie hingebören: In den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband!

Frankfurt a. M. In der gutbesuchten Mitgliederversammlung vom 16. Oktober referierte Stadtv. Genosse Kilowski über: „Die sozialen Aufgaben der Konsumvereine mit besonderer Berücksichtigung der Milchversorgung.“ Am Beispiele zeigte der Referent den Anwesenden den Zweck und Nutzen des Konsumgenossenschaftlichen Zusammenchlusses und forderte sie auf, sich ebenfalls dieser auf wirtschaftlichem Gebiete liegenden Bewegung anzuschließen und ihre Unterstützung dadurch zu bekunden, daß sie sich an der von dem hiesigen Konsumverein neu aufgenommenen Milchverwertungsgesellschaft finanziell beteiligen. Kollege Schneider gab sodann den Massen- und Geschäftsbericht vom 3. Quartal. Einnahmen und Ausgaben balanzieren mit 17101 M., die im Auftrage der Hauptkasse geleisteten Ausgaben betragen 1156,83 M., die Ausgabe der Filiale beträgt 3599,39 M., an die Hauptkasse wurden abgeführt in bar 3839,56 M., verbleibt demnach ein Masseneinwand der Filiale von 9692,05 M. Dem massiver wird Entlastung erteilt. Die Mitgliederzahl am Schlusse des Quartals betrug 1455 männliche und 25 weibliche. Mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Freiburg (Sa.). In der Stadtverordnetenversammlung vom 18. Oktober kam ein Gesuch der städtischen Beamten um Gehaltzulage zur Beratung. Wie nicht anders zu erwarten, sprachen sich die ausschließlich den bürgerlichen Kreisen angehörenden Stadtverordneten warm für dieses Gesuch aus. Da trat der Oberbürgermeister auf den Plan und erklärte, daß Gehaltserhöhungen für die Beamten unbedingt nötig seien, die Stadtverordneten möchten aber auch die erforderlichen Summen bewilligen, denn auch die städtischen Arbeiter müßten mit einer Lohnzulage bedacht werden. Der Rat habe bereits eine entsprechende Vorlage ausgearbeitet, die noch in diesem Jahre dem Stadtverordnetenkollegium zur Erledigung zugehen werde. — Als wir dies hörten, waren wir zunächst ganz verwundert über so viel freiwillige Entgegenkommen des Rates, so etwas war in Freiburg noch nicht da. Doch des Rates Lösung hatten wir bald. In derselben Sitzung nämlich wurden für den 18. November die Stadtverordnetenwahlen festgesetzt. Der außerordentlich ruhigen Agitation der Arbeiterpartei nun ist es zu danken, daß in diesem Jahre nicht weniger als zirka 430 neue Bürger verpflichtet worden sind, die alle dem Arbeiterstand angehören. Eine derartige Zunahme der stammberchtigten Arbeiterbürger hat die Herren aus ihrer Ruhe aufgeschreckt, sie beschränken, und wohl auch mit Recht, daß einige rote Gedächtnisse in den bisher so ruhigen Marksteinheim hineingelangen und so glauben sie, durch solche Mittel (Lohnzulagen an die städtischen Arbeiter) die drohende Gefahr noch abzuwenden zu können. Aber unsere Kollegen können schon hieraus ersehen, welchen Wert gerade auch für sie der Besitz des Bürgerrechts und damit der Wahlberechtigung hat. Und wir können mit Freude konstatieren, daß ein sehr hoher Prozentsatz unserer Mitglieder im Besitz des Bürgerrechtes ist.

Werra-Neuß. In der aufbesuchten Versammlung vom 18. Oktober gab der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal. Die Einnahme betrug 1518,51 Mk. Die Kostenausgabe 211,24 Mk. Für Rechnung der Hauptkasse wurden verausgabt 70 Mk. Sterbeunterstützung, 182,66 Mk. Krankenunterstützung und 20 Mk. für Rechtschutz. An den Hauptvorstand wurden 231,57 Mk. gesandt, so daß der Jubiläumskassenbestand von 803,01 Mk. verblieb. Die Mitgliederzahl betrug 147. Zum Schluß hielt Kollege Müntner Leipzig einen Vortrag über die mittelalterlichen Gesellenverbände.

Hamburg. Die Mitgliederversammlung am 16. Oktober d. J. im Gewerkschaftsbaus bewilligte unbeschadet in Not geratenen, kriselbedürftigen Mitgliedern 227 Mk. als Entschädigung. Aus der von Wetzel vorgelegten Abrechnung über das Sommerertragungen ergab sich ein Ueberschuß von 389 Mk. Das nächstjährige eine Sommervergütung soll am 15. Juni im Hamburger „Volksklub“ und ein zweites später im Hamburger Stadtgebiet abgehalten werden. Die Regelung der Angelegenheiten wurde wie folgt beschlossen: Die Angestellten der Filiale erhalten ab 1. Juli 1912 die von dem Verbandstag in München beschlossene Lohnzulage. Unter Ausrechnung ihrer Dienstjahre bleiben die Sekretäre und der erste Hauptkassierer im Gauleitergehalt, der zweite Hauptkassierer wird in die Lohnklasse der Hilfsarbeiter des Verbandes eingestuft. Gegen dieses Abkommen erhob sich keine Stimme. Das „Titularat und Regulativ zum Unterstützungsfonds“ wurde in Gemäßheit der nach bereits gefassten Versammlungsbeschlüssen beschriebenen Vorlage als Ganzes genehmigt. Je ein neues Statut und Regulativ erhält jedes Mitglied zugewiesen. Der Verwaltungsrat der Filiale erwidert sich bis jetzt auf Hamburg und Norddeutschland, Regensburg und München, Altona, Wandersbek und Würzburg. Hier die anfangs 1913 vorzunehmenden Wahlen zur Hamburger Gewerkschaft entspann sich eine längere Debatte. Der Vorstand soll ein gewähltes Komitee nähererziehen. In der am Freitag (20. November) stattfindenden Versammlung soll der Gewerkschafts-Winnig vom Hauerverband ein Referat halten. Die Versammlung war gut besucht.

Hannover. In der aufbesuchten Versammlung vom 16. Oktober gab Kollege Kürgens die Abrechnung vom 3. Quartal. Als dann referierte Kollege Weisner über „Die Kulturarbeit der Gewerkschaften“. Auf Anfrage mußte der Jubiläumsvorstand mitteilen, daß auf unsere Eingabe um Lohnverbesserung vom Magistrat immer noch keine Antwort erfolgt ist. Für Doppelwahlen und Bundeskongress hält der Magistrat den Geldsack schneller bereit. Hier auch, wo es sich um die Verbesserung der niedrigen Arbeiterlöhne handelt, läßt er sich nicht so schnell aus der Ruhe schenken. Eine Kommission soll auch in diesem Jahre, und zwar in den nächsten Tagen beim Oberbürgermeister vorzulegen werden. Hauptsächlich geht es ihm, die Wahl der Lohnbewilligung etwas schneller in Gang zu bringen. Zeit wird es aber auch, daß sich die vielen Angehörigen endlich dazu aufraffen, dem Verbands beizutreten. Man es wird doch viel eher etwas erreicht, wenn die Reihen der Organisation vollzählig sind, als wenn ihr noch viele Arbeiter fern sind. Einshuldigungsgründe gibt es da nicht. Jeder Arbeiter hat die Pflicht, seine Lebenslage mit Hilfe der Organisation zu verbessern.

Hamburg. Am 18. Oktober waren die Kollegen in großer Zahl erschienen, um unseren Verband und seine Bestrebungen näher kennen zu lernen. Kollege Schönberg sprach über die „Arbeiterbewegung der deutschen Stadtgemeinden“. Medner erklärte, daß der Hauerverband für den Arbeiter, daß die Stadtgemeinden als Arbeitgeber mühevolle Arbeitsbedingungen für ihre Arbeiter schaffen. Eine der jeweiligen wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse entsprechende kurze Arbeitstage, und Arbeitslohn, die zur Befriedigung aller vernünftigen Bedürfnisse ausreichen. Mütterliche Arbeitsbedingungen aber auch inwiefern, daß Einrichtungen geschaffen werden, durch die der Arbeiter in Zeiten der Not, herbeigeholfen durch vorübergehende oder dauernde teilweise oder gänzliche Entzüge der Erwerbseinkünfte, vor Entbedrängung geschützt ist. Der gewöhnliche Arbeitslohn wird nicht immer ausreichend sein. Demnach kann man nach dem heutigen Stande unseres wirtschaftlichen und kulturellen Lebens die Moten eines Familienhaushaltes an Wohnung, Kleidung, Wohnung und Steuerzahlungen aller Art, und Kindhaltung man lernen, was jeder für Bildung, Wissenschaft und Kunst muß aufwenden können, dann muß man betonen, kein Arbeiter dürfe unter 3000 Mk. jährlich ein Einkommen haben. Aber auch nicht einmal die Hälfte davon haben viele Arbeiter als Jahres-Einkommen. Genau werden wir nun später sehen können, daß auch der Arbeiter ein jährliches Einkommen von durchschnittlich mindestens 3000 Mk. hat, aber dann wird dieses Einkommen den durch den herrschenden ökonomischen und kulturellen Verhältnissen nicht mehr angemessen sein. Mit der Zeit, wobei Lohn und kurze Arbeitstage alles andere ist zu berücksichtigen, wie sie die Ansprüche der und Zukunftsansprüche von Arbeiter der Fabrikindustrie genügt ist, kommt man als Sozialist und Sozialist nicht aus. Unsere Forderungen sind, daß man sich eine Gewerkschaft der Arbeiter in Hamburg, die sich nicht nur durch die sozialdemokratische Partei, und mit uns weiter verhält durch die Arbeitervereine in den Stadtvereinen, sondern auch die sozialistische Arbeiter-, Metall-, Juwelen- und Silber- sowie Güterarbeitenvereine

nicht ausreicht, weiß jeder. Und daß wir von dorther nichts zu erwarten haben, lehrt uns die Geschichte der Reichsversicherungsordnung. Wir müssen uns deshalb auch weiterhin um größere Unterstützung gegen Sozialistenschläge an unsere Arbeitgeber, die Stadtgemeinden, wenden. Mehr als hundert Stadtgemeinden haben die Fortzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen geregelt eingeführt, sie haben die den Arbeitern in Gemäßheit des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches zühenden Vorteile generell geordnet, ferner Ruhe-lohn und Mittelversorgung geschaffen. Diese Einrichtungen müssen ausgebaut und die betreffenden Ansprüche der Arbeiter sichergestellt werden. Und auf dieselbe Bahn müssen wir andere Stadtgemeinden drängen. Auch Hamburg ist nicht unter die fortgeschrittenen Stadtgemeinden zu zählen. Hier wird den Arbeitern nicht die Differenz von Lohn und Krankengeld gezahlt. Versäumt ein Arbeiter die Arbeit, und zwar aus unverschuldeten Gründen, wie es bei schweren Erkrankungen oder Sterbefällen in der Familie oder aus Anlaß des Todes der Eltern oder Geschwimer oder aus manchen anderen familiären Ereignissen vorkommen wird, dann wird der Lohn für die Zeit der Verhinderung gekürzt. Das ist gegen das Gesetz, und wenn dieses gesetzliche Recht durch die Arbeitsordnung oder sonstige Bestimmungen des Arbeitsvertrages ausgeschlossen ist, dann sind solche Arbeitgeber mit Recht als rückständig und inhuman zu bezeichnen. Und in dieser Arbeitgeber eine öffentliche Körperschaft, wie die Stadtgemeinde, dann fordert ein solches unsoziales Verhalten den jährlichen Protest heraus. Für die städtische Arbeiterkraft allerorts und aller Branchen ergibt sich die Parole: Durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß zu materiellem und kulturellem Fortschritt! - Aus dem Straßeneinigungsbekehrte wurde mitgeteilt, daß hier die Arbeiter am Sonnabend erit um 6 Uhr Feierabend haben, anstatt um 5 1/2 Uhr, wie dies von höherer Verwaltungsstelle angeordnet wurde und in allen übrigen hiesigen städtischen Betrieben befolgt wird.

Heidelberg. Am 18. Oktober fand im Gewerkschaftsbaus eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege Beckmann referierte über: „Städtische Regierarbeit oder Privatbetrieb“. Medner gab ein klares Bild über die Entwicklung des städtischen Regierbetriebs. Er wies besonders darauf hin, daß die großen Motoren in Rheinland und Westfalen durch gascheinige Fortschritte in der Lage sind, ihr Nebenprodukt, das Motorengas, für die Wohnkammern zu verwerten. Durch Fernleitungen werde man schon eine ganze Anzahl von Städten mit diesem Gas, welches die Stilllegung städtischer Werke bedeute. Wenn man nun angenommen habe, daß dies auf die dortigen Bezirke beschränkt bleibe, so habe man sich geirrt. Gegenwärtig plane man auf der Rhein die Erbauung einer großen Motoren. Es sei damit beabsichtigt, die umliegenden Städte Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Darmstadt usw. durch Fernleitungen mit Gas zu versehen. Ob das Projekt zustande kommt, sei noch nicht entschieden, doch sei es eine Frage, mit der wir rechnen müssen. Es ist daher Pflicht eines jeden Kollegen, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, denn jedenfalls stehen uns Mängel bevor. Insbesondere sei unser Augenmerk darauf zu richten, daß die Arbeiter des Gewerks als weiterhin in städtischen Betrieben beschäftigt werden, sollte wirklich etwas zustandekommen. Kollege Beckmann erzielte mit seinen Ausführungen reichen Erfolg. Nach Erhaltung des Martellberichts durch Kollegen Lenz und Erledigung einiger Verwaltungsangelegenheiten wurde die Versammlung durch Kollegen noch geschlossen.

Altenau. In unserer außerordentlichen Mitgliederversammlung referierte Kollege Müntner-Leipzig in anregender Weise über: „Die Pflichten und Rechte im neuen Staat.“ Aufmerksam folgten die Anwesenden den Ausführungen des Referenten, aus denen man ersah, daß der Verbandstag in München uns nicht nur neue Pflichten und Lasten, sondern auch weitgehende Rechte und Vorteile gebracht hat. Einige unserer Kollegen hatten bedauerlicherweise bis jetzt ausschließlich die neuen Pflichten hervorgehoben, weshalb sich bei unserer Mitgliedschaft eine gewisse Kläuberheit eingestellt, die aber durch die letzte Versammlung endgültig beseitigt sein dürfte. Ueberhaupt nahm die Versammlung einen außerst harmonischen Verlauf, woraus zu schließen ist, daß der Versammlungsbesuch allmählich sich wieder heben wird, was im Interesse der Stützkräfte unserer Organisation nur zu begrüßen ist, denn „das Haus, wo Brückkraft ist, zerfällt, nur Einigkeit erhält die Welt!“

Münsterberg. Eine Bewegung zur Erringung von Feuerungsanlagen leiteten die städtischen Arbeiter ein. Die Notwendigkeit der Zahlung von Feuerungszulagen ergibt sich nicht nur wegen der herrschenden außerordentlichen Teuerung der Lebensmittel, sondern auch wegen der erorbitanten Steigerung der Mietpreise. Seit Jahren erlitt hier eine große Wohnungsnot. Das gab den unerfährlichen Hauspapstas die Möglichkeit, die Arbeiter mit den Großkapitalisten um die Wette um ihren sauer verdienten Lohn zu prellen. Haben wir doch statistisch festgestellt, daß einzelne Warte noch an Zahlung der Miete genommen haben, als die ganze verbliebige Zulage ausmachte. Unter diesen Umständen ist denn auch begreiflich, daß die Arbeiter Feuerungszulagen forderten. Bei der Durchbildung der Bewegung mußten wir aber nachsehen, daß die städtischen Organisationen schon so verknüpfert sind, daß Leute, die kurze Zeit Mitglied dieser Organisation

waren, sich als freiwillige Sklaven der Arbeitgeber gebärden. Bei der Einreichung der Eingabe an Magistrat und Stadtverordneten haben sich zwei ehemalige Mitglieder des elend verendeten Zentrumsverbandes nicht unterzeichnet. Der eine wollte sich nicht strafbar machen, der andere schüßte Vorschriften vor, meinte aber, seine Karriere wäre verdorben worden. Die bittere Not der Kollegen läßt diese Selbsten ganz herabigt schlafen, wenn sich die Herren nur nicht aufzuregen brauchen. Es fehlt noch, daß die beiden Selbsten sich bei der Verwaltung entschuldigen, daß sie überhaupt leben. Trotz der jämmerlichen Haltung der Männlein ohne Mut hat die Sache bisher einen guten Verlauf genommen. Die Versammlung war gut besucht. Die Ausschüsse haben alle getagt und den gleichen Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage in Höhe von 3 Mk. pro Woche für alle Handwerker und Arbeiter gefordert.

Hofst. Am 18. Oktober fand unsere Mitgliederversammlung statt. Der Kassierer erstattete die Abrechnung vom dritten Quartal. Einnahme der Filiale 3266,49 Mk., Ausgabe der Filiale 455,99 Mk. Im Auftrage der Hauptkasse wurden gezahlt in Leistungen 174,75 Mark, in bar 941,74 Mk., in Summa 1116,49 Mk. Es verbleibt in der Filiale ein Massenbestand von 1694,01 Mk. Der Mitgliederbestand ist von 260 auf 284 gestiegen. Weiter wurde vom Schriftführer aus dem Protokoll die vom 1. Oktober neu in Kraft tretenden Wochenbeiträge resp. Monatsbeiträge verlesen. Unser Kartelldelegierter brachte den Bericht über den Jugendverein. Mögen die Eltern ihre konfirmierten Kinder dazu anhalten. Die Kollegen wurden erinnert an die Anmeldung beim Wohnungswescheil; ferner wurde auf den Bürgerverein aufmerksam gemacht.

Münchinger-Wilhelmshaven. „Erschossen in der Arretzelle hat sich der Vorsitzende des Kriegervereins „Kameradschaft“, namens Dortmund.“ Maffendiebstahle aller Art war der Grund, weshalb ihn die Polizei in der Wirtschaft verhaftete. Sechs Diebstahle an Fahrräder hat er beim Verhör eingestanden, aber noch weitere 25 konnten ihm nachgewiesen werden. Außerdem soll er den Soldaten Kleidungsstücke von der Waschküche entwendet haben und auch mehrere Diebstahle in der Dekoffizierskule ausgeführt haben. Ausgerüstet mit zwei Revolvern ist er der Polizei in die Hände geraten. Einen hat man ihm abgenommen und mit dem anderen hat er sich selbst erschossen. Die gestohlenen Gegenstände hat er verkauft oder versteckt und das Geld in liebedürftiger Gesellschaft mit Fremdenmädchen usw. durchgebracht. Seine Eigenschaft als Ehemann und Vorsitzender des Kriegervereins hinderten ihn nicht daran. Das war der Mann, gegen den wir vor Jahresfrist zum Schutze unserer Kollegen einen umfangreichen Prozeß führen mußten. An den Oberleutnant Wendenburg hatte er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kriegervereins „Kameradschaft“ einen Brief geschrieben, durch den drei unserer Kollegen so stark verdächtigt wurden, daß sie von Oberleutnant W. mit Entlassung bedroht wurden. Ohne auch nur den geringsten Beweis zu haben, hatte er in dem Briefe die Behauptung aufgestellt, daß unsere Kollegen die Mitglieder des Kriegervereins ständig anstänkerten und schikanierten. Der mit der Untersuchung betraute Oberleutnant W. glaubte den Verdächtigungen dieses Mannes und verbietet ihnen zu tun, was sie gar nicht getan hatten. Er drohte, daß sie bei der nächsten Vernehmung unweigerlich herausfliegen würden. Am liebsten hätte er sie gleich entlassen. Solche Leute dürfe er in seinem Betrieb nicht dulden. Alle Anschuldigungen konnten Oberleutnant W. nicht von der Unschuld der Arbeiter überzeugen. Der Arbeiterausschuß hatte alle Arbeiter gefragt, ob sie durch diese Kollegen belästigt worden wären, aber im ganzen Betriebe war nichts Belastendes zu ermitteln. Es war niemand im Betrieb, der sich auch nur im geringsten belästigt fühlte. Trotzdem war der Oberleutnant W. nicht bereit, den Inhalt des Briefes zu verlesen; wohl gab er den Beschuldigten die Namensunterchrift bekannt und verwies sie auf den Weg der Klage. Nur dann wäre für ihn die Sache erledigt. Da durch die Denunziation die Siderheit des Arbeitsverhältnisses sehr gelitten hatte und weiter durch diese Mahnahme dem Denunziantentum Tür und Tor inner- und außerhalb des Betriebes geöffnet war, mußte der Weg der Klage beschritten werden. Vor dem Schwurgericht konnte der Angeklagte Dortmund keine Beweise für seine Behauptungen erbringen. Unter Zuhilfenahme des § 193, Wahrung berechtigter Interessen, lautete das Urteil auf Freisprechung des Angeklagten. Wegen dieses Urteils wurde untererseits Verurteilung eingeleitet und somit wurde die Angelegenheit vor dem Landgericht in Aachen weiter behandelt. In der Form und den Ausdrücken war in dem Briefe eine beleidigende Abmahnung zu erblicken. Die vernommenen Zeugen bezeugten unter Eid, der Beklagte habe den Brief auf Versammlungsbeschlüssen des Kriegervereins geschrieben. Mitglieder des Vereins seien an den Verein mit Beschwerde herangekommen und hätten diese Behauptungen aufgestellt, die Dortmund in dem Brief an Oberleutnant W., ohne zu prüfen, niedergeschrieben hatte. Der Angeklagte selbst erklärte, darüber, ob tatsächlich Belästigungen vorgekommen seien, kann er keine Angabe machen. Auch die anderen vernommenen Zeugen konnten in tatsächlicher Beziehung nichts bezeugen. Der mit der Untersuchung betraute gewesene Oberleutnant W. gab die überraschende Erklärung ab: er habe ohne weiteres an die Mithatigkeit des Schreibens geglaubt, wisse aber nicht, ob diese seine Vermutung auf richtiger Grundlage beruhe. In den Staatsbetrieben

ist die Gefahr der Maßregelung größer als anderswo. Wie leicht wäre es möglich gewesen, daß durch die schmutzige Handlungsweise Dortmunds diese Kollegen entlassen worden wären. Nur durch das energische Eingreifen unsererseits war es möglich, sie im Arbeitsverhältnis zu erhalten. Bedauerlich ist es, daß die Behörden diesem Denunziantentum blind Glauben schenken, wie es auch hier der Fall war. Unter dem Glorionschein des Patriotismus hat es Dortmund ausgezeichnet verstanden, seine Verehrer und Anhänger zu narren. Der Kriegerverein war für ihn ein nationales Institut. Der patriotische Dedmantel diente ihm dazu, seine Diebstahle und Untaten zu verdecken. So sehen die Leute aus, die den Kampf gegen die moderne Arbeiterbewegung führen wollen. Um ihre eigene Unehrlichkeit zu verdecken, werden ehrliche Arbeiter verdächtigt. Der Gerechtigste hat sich nun Dortmund durch Selbstmord entzogen. Die Kriegervereiner nahmen keinen Anlaß, ihm das letzte Geleit zu versagen, sie folgten ihm und verlangten dann noch von der Behörde, daß ihnen die veräumte Arbeitszeit bezahlt würde. Die Behörde hat dieses Ansinnen abgelehnt.

Wittenberge. In unserer Extraverammlung erläuterte Kollege Wachtendorf die Eingabe an den Magistrat. Anschließend führte der Vorsitzende die bereits erzielten Erfolge der Organisation den Versammelten vor Augen und erzielte einmütig die Unterschrift unter die Eingabe zu vollziehen. Das Vorgehen der Arbeiter scheint der Gasanstaltsdirektion ein stuchwürdiges Verbrechen zu sein, denn sie hat unseren Filialvorsitzenden schleunigst aufs Pflaster gesetzt. Das wird jedoch die Kollegen der Organisation nicht abwegig machen. Im Gegenteil werden sie alles daran setzen, die Amorganierten allesamt dem Verbanne zuzuführen. Ein neues Mitglied wurde bereits in dieser Versammlung gewonnen.

• Gerichts-Zeitung •

Ein Hirschenmännchen. Die in Nr. 43 geschilderte Gerichtsverhandlung mit dem kläglichem Reinfall des Sekretärs Hoh war nicht vom Bauamt Nürnberg, sondern vom städtischen Bauamt Fürth, was freilich der Sache selber keinen Abtrag tut.

• Internationale Rundschau •

Internationale Kongresse tagten vom 5.-12. September 1912 in Zürich. Als erste am 5. und 6. September die „Internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“. Die Vereinigung zählt in 21 Ländern 875 Mitglieder. In 14 Staaten bestehen Landessektionen. Das Budget dieser Internationalen Vereinigung in Höhe von 35 000 Frank wird zumeist für die Organisation des Sekretariats und die Herausgabe des internationalen Bulletin beansprucht. In erster Stelle befaßte sich die Konferenz mit der Arbeitsvermittlung in Statistik und Gesetzgebung. Es sollen Fragebogen zur Aufnahme einer Statistik ausgegeben werden. Die Ergebnisse werden der nächstjährigen internationalen Konferenz unterbreitet. Den Landessektionen wurde nahegelegt, sich über die besten Mittel zur Förderung des öffentlichen gemeinnützigen Arbeitsnachweises zu äußern, damit die nächste Konferenz nach erfolgter Aussprache darüber zu Beschlüssen gelangen könne. Die Frage der Auswanderung wurde besonders auch hinsichtlich der inneren Arbeiterwanderungen erörtert. Ein von ungünstiger Seite hierzu vorgelegter Bericht soll allen Landessektionen zugestellt werden mit dem Ertruden, sich zu den darin enthaltenen Vorschlägen zu äußern. In einer Aussprache über die Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit durch bessere Methoden bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten wurden Vorschläge gemacht, die eine bessere Verteilung aller öffentlichen Arbeiten bezwecken, so daß die Zeiten der Krisen und die gewöhnlich am schwersten betroffenen Arbeitslosigkeitsgebiete berücksichtigt werden. Zur Frage der Arbeitslosigkeitsstatistik hat das Sekretariat der Internationalen Vereinigung eine Erhebung nebst Bericht vorgelegt. In dem Bericht werden als wichtige Elemente der Statistik für das Studium der Arbeitslosigkeit allgemeine und lokale Erhebungen, ferner Erhebungen über die Zahl der Arbeitslosen in den Gewerkschaften und über die Zahl der Beschäftigten durch Behörden und Arbeitgeberverbände bezeichnet. Die Bibliographie der Arbeitslosenfrage soll möglichst vervollständigt werden. Für die Aufstellung eines definitiven Planes wurde eine Studienkommission, vervollständigt durch Mitarbeiter aus den einzelnen Ländern, eingesetzt. Hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung sollen alle Landessektionen über die auf diesem Gebiete gemachten Fortschritte berichten, wobei besonders kritische Würdigungen der verschiedenen Systeme und eine Stellungnahme zu dem in England jetzt durchgeführten Plan einer obligatorischen Versicherung erwünscht seien.

Der zweite der internationalen Kongresse war der Bekämpfung der Heimarbeit gewidmet. Er tagte am 8. und 9. September. Von den deutschen Gewerkschaften nahmen zwei Vertreter der General-

kommission und je ein Vertreter der Verbände der Buchbinder, Holzarbeiter und Schneider teil.

Dem Kongreß war ein reiches Material an Berichten, Gutachten und Vorschlägen aus den angeschlossenen Staaten unterbreitet. Auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hatte zwei Denkschriften, von denen die eine die gesetzliche Bekämpfung und Regelung der Heimarbeit in Deutschland behandelte, während die andere der gewerkschaftlichen Bekämpfung und Regelung der Heimarbeit in Deutschland gewidmet war, vorgelegt. Zur Beratung standen vier Hauptfragen: die Gesetzgebung, die Inspektion, die Gewerkschaftsorganisation und die Konsumentenaktion. Diese Fragen wurden an einzelne Sektionen verwiesen. Die gewerkschaftliche Sektion einigte sich auf eine Reihe von Leitfäden, die die Regelung der Lage der Heimarbeiter durch Gewerkschaftsorganisationen und Gesetzgebung erwartet. Von letzterer wird besonders verlangt, daß sie alle Hindernisse gegen die gewerkschaftliche Organisation beseitige, die Mitarbeiter der Gewerkschaften für die Bildung von Lohnämtern fördere und den von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträgen für die Heimarbeiter rechtsverbindliche Straftat gewähre. Die Sektion, die über die Durchführung und Kontrolle der gesetzlichen Maßnahmen mit besonderer Berücksichtigung des Gesundheitsschutzes zu beraten hatte, empfahl Aufnahme von Enquêtes unter Mithilfe von Ärzten und Lehrern über die Gesundheitsverhältnisse der Hausarbeiter. Ferner gesetzliche Heimarbeiterschutz für beide Geschlechter; die bereits bestehenden Arbeiterschutzgesetze sind auf die Hausarbeit auszudehnen. Verbot der Herstellung und Bearbeitung von Lebensmitteln und Tabak in der Heimindustrie. Desinfektion der in der Hausarbeit erzeugten Kleider. Schadenersatz für Hausarbeiter, die wegen Ansteckungsgefahr zur Arbeitseinstellung gezwungen wurden. Organisation eines amtlichen Spezialaufsichtsdienstes unter Mitwirkung von Ärzten, Lehrern und Gewerkschaften. Die Sektion, welche über die Konsumentenaktionen gegen die Heimarbeit beriet, empfahl in der Hauptsache Arrangierung von Heimarbeitersammlungen usw. und Beschäftigung mit der Heimarbeitersfrage auf den Kongressen der Käuferligen.

Der Internationale Kongreß für Sozialversicherung beriet an erster Stelle über die Ausdehnung des gesetzlichen Versicherungszwanges auf die höheren Angestellten, Dienstvertragsbediensteten und gewisse Kategorien von Selbständigen. Professor Wilm Würzburg konstatierte als Referent, daß große Teile der Selbständigen nicht weniger versicherungsbedürftig sind als die Arbeiter. Als Beispiel führte er an, daß in Sachsen etwa drei Viertel aller Selbständigen nicht mehr als 2500 Mk. Jahres Einkommen haben. Zum mindesten seien diese Schichten zur freiwilligen Versicherung zuzulassen. Der Kongreß beschloß, die Frage der Versicherungsart durch eine Enquête klären zu lassen. Ueber die Verlastung durch die Sozialversicherung referierte Dr. Freund Berlin, der den Nachweis führte, daß in Deutschland Handel, Gewerbe und Industrie durch die Lasten der Arbeiterversicherung keineswegs in ihrer Entwicklung beeinträchtigt, sondern im Gegenteil gefördert worden seien. Die Industrie habe gute Arbeiter gewonnen und die öffentliche Verwaltung von Staat und Gemeinden für Armenfürsorge sei zurückgegangen. In einer angenehmen Resolution wurde die Erhebung von Haushaltsstatistiken gutgeheißen und das Bureau beauftragt, mit Hilfe von Statistiken die methodischen Grundlagen für eine solche Statistik ausgearbeiten und die Ergebnisse den Landessektionen und danach einer neuen Konferenz zu unterbreiten. Der letzte Punkt behandelte die Frage der Unfallstatistik. Es wurde allen Ländern eine einheitliche Methode empfohlen.

Frankreich. In einer erregten, von über 3000 Arbeitern der Pariser Gasgesellschaft besuchter Versammlung wurde der Streik beschlossen, wenn das derzeitige System der willkürlichen Strafen und Befehlsregelungen nicht sofort eingestellt wird. Zugleich wurden Lohnforderungen aufgestellt. In der Abteilung Glück gab die Entlassung eines Vertrauensmannes das Signal zu einem partiellen Streik, der aber durch Wiedereinstellung des Betroffenen gleich beendet wurde. Vater Staat war dabei mit zwei Bataillonen Infanterie, einer Eskadron Kavallerie und 400 „Gendarmen“ vertreten.

Rundschau

Theodor Bömelburgs Beisetzung. Unter dem Geleit der gesamten deutschen organisierten Arbeiterkraft wurde am 21. Oktober die sterbliche Hülle des Vorstehenden des Deutschen Bauarbeiterverbandes zu Grabe getragen. Im Trauergefolge waren Vertreter des Parteivorstandes, der Reichstagsfraktion, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der Zentralverbände der deutschen Gewerkschaften und der lokalen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen von Hamburg und meilenweit entfernten Nachbarorten. Die Bauarbeiter aller deutschen Gauen hatten Vertretungen mit Fahnen entsandt, und die Hamburger Bauarbeiter-Gewerkschaft war wohl völlig zu Ehren ihres verstorbenen Führers

versammelt. Zur Trauerfeier im Gewerkschaftshause reichten denn auch die großen Räume nicht annähernd aus, das große Gefolge in sich aufzunehmen. Reichstagsabgeordneter Genosse Frohne hielt die Gedächtnisrede. Nach ihm widmeten die Genossen Bauer von der Generalkommission, Ebert für den Parteivorstand und Scheidemann für die Reichstagsfraktion dem Verstorbenen warmherzige Worte als letzten Gruß. Alle Anwesenden schienen tief ergriffen. Alle mochten wohl innig empfinden: Wir nehmen Abschied von dem Antlitz eines großen Freundes. Unter den Trauerklängen eines Harmoniums wurde der Sarg hinausgetragen, und nun formierte sich ein schier endloser Kondukt. Es war ein trüber Tag. Zu unseren Füßen raschelte das gefallene Laub, und der Herbstwind jagte schwere Regenwolken über unseren Häuptern dahin. Ein Tag der Rahnung: Alles geht den Gang des Vergänglichen. . . . Dann aber störte den Sinnenden das leuchtende Rot der zahllosen Kranzschleifen, weiter verkündend: „Um zu neuem Leben zu erwachen!“ — Und was Bömelburg der Arbeiterbewegung gewesen, wird er ihr bleiben. Menschen freilich, wie er einer gewesen, sind selten. Sein Charakterbild wird in der Zeiten Geschichte nicht schwanen. Viele seiner Zeitgenossen haben es ihm zum Abschied bezeugt. Unsere Hamburger Filiale hatte ihm die Worte gewidmet:

„Selbstlos und treu, alles für andere, wirkst Du! Und so geadelt, ein Vorbild späteren Geschlechtern, schufst Du selbst Dir ein Denkmal!“

Unser Verbandsvorstand ließ den verstorbenen Genossen grüßen: „Dich zählt das Volk zu seinen besten Söhnen. Dein rastlos Wirken wird die Zukunft krönen.“ Mit denselben Gedanken verabschiedeten sich alle anderen Genossen und Freunde des Verstorbenen von ihm. Am Grabe sprach Genosse Winnig, ein Kollege Bömelburgs im Hauptvorstand des Bauarbeiterverbandes, es noch einmal in kurzer Gedenkrede aus: „Du warst ein Sohn des Volkes und lebst dem Volke. Was Du gewesen, werden wir nachzuwehren bestrebt sein. Deinen Namen wird die Geschichte mit goldenen Lettern schreiben, und dein Werk wird in Aeonen nicht untergehen.“ Den letzten Schweißgruß sprach Frohne mit den Worten: „Ruhe aus, wir kämpfen weiter! Im Namen der Freiheit, für die Du gestritten, im Namen der Wahrheit, für die Du gelitten, im Namen der Liebe, in der Du gelebt!“ — Der Herbstwind schnittelte die Baumkronen, setzte das Laub über die Gräber, und Regenjähauer neigten die Ähre. Die Natur sammelt Kräfte zu neuem Frühlingssprießen.

Staatliche Tenerungszulagen. Mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober an ist sämtlichen im Eisenbahndirektionsbezirk Berlin beschäftigten Bahnarbeitern eine Lohnzulage von 20 Pf. pro Tag bewilligt worden.

Ein neues Lohnsystem für die Staatsverhältnisse? Dem „Vorwärts“ schreibt man: „Bei den sämtlichen Staatsbahnenverhältnissen ist ein neues Lohnsystem eingeführt worden. Bisher wurde für jede Arbeit, die ein Arbeiter im Akkord leistete, ein bestimmter Preis, der sogenannte Stückpreis, gezahlt. Der Verdienst des Arbeiters ergab sich dann einfach durch Addition der Preise, die für die von ihm geleisteten Arbeiten festgesetzt waren. Der einzige Wertmesser für die Vergütung war also die Menge der geleisteten Arbeit. Bei dem neuen Lohnsystem sind zwar auch wieder für jede Arbeit bestimmte Werte festgesetzt, doch werden diese jetzt zunächst mit dem Lohn des Arbeiters multipliziert und dann erst addiert. Da nun der Lohn so eingerichtet ist, daß er mit dem zunehmenden Alter steigt, so erhöht sich der Arbeitsverdienst der Staatsarbeiter mit dem zunehmenden Dienstalter. Es ist also künstlich nicht allein die Arbeitsleistung, sondern auch das Alter des Arbeiters für die Höhe seines Verdienstes maßgebend. Durch das neue Lohnsystem wird die Arbeiterschaft in höherem Maße als bisher an die Staatsverhältnisse gewöhnt und namentlich verhütet, daß etwa bei den älteren Arbeitern sich Streikluste und dergleichen einstellen.“ — Wie lange wird es dauern und das „neue Lohnsystem“ hat in städtischen Petrieben Schule gemacht!

Kulturdenkmale unserer Zeit. Im „März“ lesen wir: Revolverpolizei. In einer Straße des nordwestlichen Viertels von Berlin hat ein Schuhmann einen Mutscher erschossen, der seitgenommen worden war, weil er eine Rede von zwei Mark fünfzig Pfennigen nicht bezahlen konnte. Der Mutscher hatte sich der Teilnahme widersetzt. Das hätte er natürlich nicht tun sollen. Hätte er den Scherkerlaß des Polizeipräsidenten zuvor nicht studiert, dann wäre er vielleicht vorbestraft gewesen. Der Mutscher trug nicht die geringe Waffe bei sich. Der Schuhmann besaß deren zwei: Säbel und Pflöckchen. Er zog, um sich gegen einen ungebärdigen Arrestmann zu wehren, den Pflöckchen vor. Unverwundbar ist die Angel sicherer als der Säbel. Er handelte ja in Notwehr! Wie leicht hätte er ein paar kräftige Füße erschießen können! Der kurze Kampf, wenn man einen Fehlschlag von Rechts wegen so nennen darf, fand nicht in einer engen, finsternen Straße statt,

wo jeder dunkle Fortweg, jeder Schatten gefährlich sein kann, nicht draußen am Ende der Stadt, wo nachts das Gefindel herumzieht, und wo Hilfe weit weg ist, sondern mitten in Berlin, nur ein paar Schritte vom Kriminalgericht entfernt, in einer Straße, die von anständigen Leuten bewohnt wird. Der Gegner der Staatsgewalt war kein Zuhälter, kein arbeitsscheues „Subjekt“, sondern einer, der seinem Gewerbe nachging, wie jeder andere in der Stadt. Tut nichts. Es darf geschossen werden. Siehe den Erlass vom foundso-bielten. Aber die Polizei wird entschuldigt. Sie ist für die Tat eines einzelnen nicht verantwortlich. Der Mann war nervös. Er hatte sich nicht in der Gewalt. Sicher glaubte er, recht zu handeln. Gener, der den Arbeiter Herrmann erschlug, glaubte es auch. Sie glauben es alle, wenn sie auf den Bürger mit der Waffe losgehen. Der Kerl muß im Raum gehalten werden. Wie kann man sich erlauben, einem Schutzmann gegenüberzutreten. Man muß es dem Pöbel beibringen, daß der Schutzmann nicht um feinetwillen da ist, sondern um des Staates willen. Mag der Mann, der den Kutscher erschloß, in der Tat nervös sein, seine Handlungsweise bleibt dennoch charakteristisch. Denn welcher Geist muß in der Berliner Schutzmannschaft herrschen, wenn solch ein Vorgang möglich ist. Sind wir soweit, daß der erste Gedanke eines Schutzmanns der Revolver ist, wenn der Staatsbürger knurrt? Ein anderer hätte vielleicht nicht gleich geschossen, die Tat wäre unterblieben, aber der Browning droht trotzdem fort. Steht, oder ich schieß! Es riecht stark nach Kriegerecht. Ein schöner Gedanke: eine Polizei, die eine Art Scharrecht über die Stadt verkündigt. Es gibt genug Janakogel in Berlin, dem gegenüber Sentimentalität und Glacéhandschuhe wenig angebracht wären. Die Polizei hat die Gesellschaft gegen Angriffe und Hebergriffe zu schützen, sie darf aber nicht vergessen, daß sie der Gesellschaft wegen, nicht die Gesellschaft ihremwegen da ist. Der Schutzmann sollte sich nicht als Herr fühlen, aber in Berlin fühlt er sich täglich mehr als Herr. Er schießt einen armen Teufel nieder, der einen Birt um zwei Mark fünfzig Pfennig geprellt hat, und der sich nicht auf die Wache führen lassen will. Wenn der Kerl nun mit der Beche durchgegangen wäre! Gegen den Willen der Polizei! Nein, lieber tot. Und außerdem: ich darf ja schießen.

Die Vetrugereien der Streikbrechervermittler wurden in einem Prozeß vor der Hamburger Strafkammer sehr interessant aufgedeckt. Wegen Betruges hatte sich der wiederholt vorbestrafte Streikbrechervermittler Emil Knoth zu verantworten. Der Angeklagte empfaß sich in Inieraten einem verehrlichen, bedrängten Unternehmertum zur Lieferung des Quantums und jeder Qualität von Streikbrechern. Er las dann in Maschinen und Äulen allerhand Arbeiter auf und schmiedete sie den Unternehmern als qualifizierte Arbeiter an. Von 37 als Schutzmacher vermittelten Arbeitswilligen hatten 35 noch keinen Fricam gegeben und 50 arbeitswillige Metallarbeiter waren in der Mehrzahl ebenfalls unqualifizierte Arbeiter. Die Unternehmer mußten natürlich die hohen Spezen zahlen. Zwei der Unternehmer berechneten ihren durch die Unbrauchbarkeit der vermittelten Arbeitswilligen erwachsenen Schaden auf 600 und auf 1000 M. Aus der zur Verlesung kommenden Aussage des Fabrikanten Nitsche in Stolz ergab sich, daß die ihm vom Angeklagten geschickten Arbeitswilligen mein Gefindel, Verräter, Kowidies, Messer- und Revolverhelden gewesen seien und er sei froh gewesen, als er sie nach 14 Tagen wieder nach Hamburg abgehoben konnte, selbstverständlich auf seine Kosten. Das Gericht erkannte den Angeklagten des Betruges in drei Fällen schuldig und verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von acht Monaten und einjährigem Ehrverlust. Das Gericht erachtet für festgestellt, daß der Angeklagte bemüht andere Leute geschickt hat als solche, wie er zu liefern sich verpflichtet hat, und die Montabanten getäuscht hat. Damit ist Herr Knoth noch nicht ganz „erledigt“, es schreiben noch einige ähnliche Sachen gegen ihn. — Schade, daß dem Ehrenmann Knoth das Handwerk schon so frühzeitig gelegt worden ist, er hätte auf scharfmacherische Unternehmer und Stadtverwaltungen noch recht erzieherisch wirken können.

Die Schlächter.

Wer wird bei uns noch über Fleischnot klagen? — Der Bürger winkt bequem und faul: Schon wirst man ihm den fetten Schweinemagen direkt ins Maul. Hat Gott gewollt, daß man als Dorfgeschosse denke jenes Lachen hinterteil, das brave Kalbshirn, Burt vom Roffe, und was da sonst noch sei? — Das spielt und wetzt und ist ganz verflohen auf „Foto“ und Karibhorst und Weisener... Darstellen kennst ihr Bande Neben frehen! Wir ham den Speck — im Burtmonat! „Kangt euch doch jene dicke Nabel!“ — und wenn ihr Kermlen noch so klaff: Am Pellan und am Alexanderplage — die Schlächter machen del Geschäft.

Aurt.

Briefkasten

Heidelberg. Jubiläums- wie sonstige Glückwünsche werden laut Verbandstagsbeschluss nicht veröffentlicht.

Eingegangene Schriften und Bücher

„Der Arbeitsmarkt“, Monatschrift des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise (herausgegeben von dessen Geschäftsführer, Verlag von Georg Reimer, Berlin). Die als Organ des „Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise“ erscheinende Zeitschrift enthält in Nummer 1 des 16. Jahrgangs u. a. VII. Arbeitsnachweisongesch in Hamburg 18.—21. September 1912. — Die ersten Maßnahmen des italienischen Staates in bezug auf die Arbeitsvermittlung. Von Ang. Cabrini Rom. — Jährlicher Tagung der internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. — Die Hauptergebnisse der Münchener Arbeitslosenabklärung am 11. Februar 1912. Von Dr. W. Klose, München.

Zum Vorlesen am Familientisch eignet sich kaum ein anderes Blatt so gut wie die „Vese“, die jeden Samstag für wenige Pfennige ins Haus fliegt und eine Auslese aus der schönsten Literatur der Vergangenheit und Gegenwart bringt. Unerkennbar ist der Quell ihrer Gaben. Nummer 36 ist eine Karl Hauptmann Nummer, die diesen Dichter in einer Weise herausstellt, wie ihn die wenigsten kennen werden, mit Bild, Faksimile und Proben des Dichters selbst und mit Stimmen bedeutender Männer über ihn. In der gleichen Nummer beginnt „Aus dem Werkbüchel“ von Peter Kosegger, der in seiner bekannten, nachdenklichen Weise von Land- und Stadtleben, von der Schönheit der Welt, von den Erfindungen unserer Zeit, von Leichenverbrennung, Trinksoldern und Handwerkergewohnheiten plaudert. Nr. 39 ist einfachen Dichtern des Volkes gewidmet. Maria Reimann, das Stuttgarter Fabrikmädchen, gibt reizende Proben, Franziska Stich liebliche Skizzen, und der Professorierjohn Mar Barthel, der als zehnjähriger Knabe auf den Schuttblattden nach Glas und Knochen gesucht hat, zeigt, daß einer trotz Armut ein Dichter werden kann, der nach hohen Kranzen greift. Eine Stimme aus dem österreichischen Soldatenstande über die Schundliteratur in der Kaserne und ein fesselnder Aufsatz von Vebm: „Aus den Urtagen der Menschheit“ ergänzen diese Nummer. In Heft 38 schließt die Erzählung „Kügen“ aus dem jeyigen tripotitanischen Kriege. Johannes Schlaf wird durch Proben aus seinem schönen Buch „Frühling“ gewürdigt, Zantoss-Tumont plaudert über die Empfindungen des Menschen im Luftschiff, und in der Schallsecke kommt der Humor auch zu seinem Recht in der launigen Erzählung von Tack: „Die fremde Zeit.“ Doch ist das nur eine kleine Auswahl aus dem Inhalt dieser reichen Nummern, die in Hauptteil und Begleithefter noch reichliche Ergänzungen bringen: Aus-schüpfung bedeutender Werke aus dem Büchermarkt, Bücherlisten zum Vorlesen für die Jugend und dergleichen mehr. Es hat sich eingebürgert, daß in vielen Städten auf Anregung der „Vese“ sich Vorlesekreise bilden und an der Hand des Blattes genussreiche und interessante Abende verleben. Aber gerade auch für Familienabende ist das Blatt wie geschaffen, es verbreitet Schönheit und Freude um sich, wo die „Vese“ einzieht, verliert die minderwertige Lektüre ihre Macht. Probenummern versendet kostenfrei und in beliebiger Anzahl der Verlag der „Vese“, Stuttgart, Ludwigstraße 26.

Gau und Fittale München.

Den Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß sich das Gau- und Ortsbureau München nummehr Festalozzistr. 40—44 III (Gewerkschaftshaus) befindet und unter Rufnummer 51 127 an das Telephonnetz angeschlossen ist. Die Gau- und Ortsverwaltung. Frz. Sebold.

Totenliste des Verbandes.

Friedr. Feikamm, Nürnberg Arbeiter (Stadtgärtnererei) † 19. 10. 1912, 68 Jahre alt.	V. Stadler, Aachen a. Hd. Straßenreiner † 21. 10. 1912, 59 Jahre alt.
W. Hörner, Stuttg.-Gaisburg Gasarbeiter (Gassw. Gaisburg) † 19. 10. 1912, 50 Jahre alt.	Johannes Kühl, Kiel Heizer (Stadt. Wasserwerk) † 21. 10. 1912, 49 Jahre alt.
A. Schönbranner, München Invalide † 20. 10. 1912, 49 Jahre alt.	Josef Striemann, Berlin Arbeiter (Englische Gaswerke) † 22. 10. 1912, 45 Jahre alt.
Alfred Einigh, Berlin Arbeiter (36. Revier-Inspektion) gestorben am 22. Oktober 1912 im Alter von 27 Jahren. Ehre ihrem Andenken!	